

7 Dringliche Anträge

7.1 AUVA

(GR. Luttenberger, KPÖ)

Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gästinnen und Gäste.

Zwischenruf GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner: Falsch.

Luttenberger:

Ich weiß, aber ein bisschen Zund gehört hier herein (*lacht*).

Zwischenruf StR. Hohensinner: Die Mitgliederinnen haben gut zugehört.

Luttenberger:

Ich hatte mir ja ursprünglich eine andere Wortmeldung zurechtgelegt, aber, wie ihr wisst, ich bin etwas später gekommen, ich hatte zuerst die Arbeiterkammervollversammlung und da ist es genau um diesen Punkt gegangen. Von den 50 Anträgen, Resolutionen und dringlichen Anträgen haben sich sechs um die Problematik der AUVA gehandelt. Ich kann sagen, die Arbeiterkammervollversammlung ist ja fraktionspolitisch ähnlich besetzt wie der Gemeinderat, dass es dort folgende Situation gegeben hat: Alle politischen Fraktionen, sei es Sozialdemokratie, FSG, sei es ÖVP/ÖAAB, sei es FPÖ, Freiheitliche Arbeitnehmer, seien es die Grünen, seien es wir, haben sich entweder einstimmig oder mit großer Mehrheit für den Erhalt erstens einmal des Versicherungsträgers, der AUVA, ausgesprochen und natürlich auch für den Erhalt der Standorte. Ganz egal wird uns das

ja nicht sein, denn gerade in der Steiermark und im Raum Graz sind die AUVA-Einrichtungen direkt verdichtet. Das UKH ist allen bekannt, ein paar Meter weiter von der Stadtgrenze ist das Therapie- und Reha-Zentrum Tobelbad, im Jahr werden 10.000 Menschen aufgrund von Arbeits- und Freizeitunfällen behandelt oder rehabilitiert, im gesundheitlichen Sinn meine ich, nicht politisch. Hunderte Kolleginnen und Kollegen sind in diesen Institutionen beschäftigt und es ist eine unglückliche Situation, dass jetzt seit Wochen eine Diskussion geführt wird, die weniger sachlich ist, sondern sehr tief ins Persönliche geht und oft Inhalte vermissen lässt. Ich sage Folgendes: Am direktesten formuliert hat heute bei der Arbeiterkammervollversammlung der ÖAAB, die ÖVP die Forderung: „Hände weg von der AUVA“. Das haben nicht einmal wir uns getraut. Wir haben gesagt, die Versicherung muss erhalten bleiben. Hände weg von der AUVA, das wird sehr korrekt begründet, natürlich gibt es immer Pro- und Kontra-Überlegungen und wir sind die Letzten, die sagen, das muss alles so unwidersprochen dahingehen, aber gerade bei der AUVA kann man sagen, die evaluieren sehr oft und es ist nicht so, dass es alles so erfunden ist und dass das alles so weggehört. Ich habe mir jetzt Folgendes gedacht, das war jetzt die Einleitung und ich wiederhole einfach noch die Forderung vom

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert daher die österreichische Bundesregierung und insbesondere Bundesministerin Beate Hartinger-Klein dazu auf, von den Plänen der Zerschlagung der AUVA Abstand zu nehmen und das bisherige Leistungsangebot der AUVA in vollem Umfang aufrecht zu erhalten. Da, liebe Kolleginnen und Kollegen, würde ich um eure Unterstützung bitten. Danke.

Originaltext des Antrages:

Das Regierungsprogramm der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung enthält eine „Reform“ der AUVA und eine Senkung des Unfallversicherungsbeitrages für Unternehmen von derzeit 1,3 auf 0,8 Prozent.

Gleichzeitig ist ein Zeitplan festgehalten: „Der erste finanzielle Erfolg muss bis Ende 2018 nachweisbar sein. Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, so sind gesetzliche Maßnahmen zu setzen, um die Leistungen der AUVA in die Kranken- bzw.

Pensionsversicherung überzuführen.“ Sozial- und Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein erwartet von der AUVA Einsparungen im Ausmaß von 500 Millionen.

Vor wenigen Tagen verkündete Hartinger-Klein nun rund acht Monate vor Ende der im Regierungsprogramm an die AUVA gesetzten Frist, dass sie bisher noch keine Pläne von der AUVA bekommen habe. Deshalb werde es „nach derzeitigem Stand“ zur Auflösung der AUVA kommen. Bereits Ende April/Anfang Mai soll im Ministerrat ein Grobkonzept zur Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger beschlossen werden. Mit der gewählten Vorgangsweise wird nun endgültig klar, dass es um eine Zerschlagung der Unfallversicherung geht.

Die im Regierungsprogramm geforderte Kürzung von rund 40 Prozent der Einnahmen der Unfallversicherung kann nicht ohne Leistungskürzungen für die Versicherten durchgeführt werden. Unfallspitäler und Rehabilitationszentren der AUVA sind von der Schließung bedroht.

In der Steiermark sind derzeit drei Standorte vorhanden. Neben den Unfallspitälern in Kalwang und Graz müssen auch die Beschäftigten des Rehabilitationszentrums in Tobelbad um ihre Zukunft sowie die Versicherten um ihre Versorgung bangen.

Die gewählte Vorgangsweise wird sowohl vom Obmann der AUVA, Anton Ofner, dem Präsident der Ärztekammer, Thomas Szekeres, als auch vom Vorsitzenden des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, Alexander Biach, kritisiert.

Letztgenannter lehnt eine Auflösung der AUVA ebenfalls ab und warnt auch davor, dass eine Zerschlagung massive Mehrkosten im System bedeuten würde. Die Streichung von Leistungen der AUVA ginge in vielen Fällen zu Lasten der Steuerzahler, der Dienstgeber oder anderer Sozialversicherungsträger, so Biach im Kurier.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert daher die österreichische Bundesregierung und insbesondere Bundesministerin Beate Hartinger-Klein dazu auf, von den Plänen der Zerschlagung der AUVA Abstand zu nehmen und das bisherige Leistungsangebot der AUVA in vollem Umfang aufrecht zu erhalten.

GRⁱⁿ Schönbacher:

Sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Gäste. Dieses Thema wurde in den Zeitungen schon thematisiert. Was nicht thematisiert wurde war, wer ist überhaupt bei der AUVA versichert? Das sind Selbständige, Schüler, Studenten, Kindergartenkinder, Arbeiter, Angestellte und Mitarbeiter der Wasserrettung und Feuerwehr. Es handelt sich hier insgesamt um fast 5 Mio. Unfallversicherte. Ich möchte auch feststellen, dass die Bundesministerin Beate Hartinger-Klein selbst gesagt hat, und zu diesem Wort steht sie, alle Menschen sollen die Unfallversicherung erhalten, die sie brauchen und das ohne Unterscheidung zwischen Arbeitsunfall und Freizeitunfall. Bei der Gelegenheit möchte ich bemerken, dass 89 % der Unfälle Freizeitunfälle sind. Wir haben versprochen, dass wir uns die Sozialversicherungen genauer ansehen, denn in Wirklichkeit versteht niemand, dass wir 22 Sozialversicherungen haben und diese Doppelversicherungen sind ja auch sehr ungerecht. Die Bundesministerin stößt hier einfach eine Reform an, die zugunsten der Leistungen der Versicherten sich entwickeln soll und Doppelgleisigkeiten entgegenwirken soll, aber auch dem Abbau von Hierarchien. Der ehemalige Bundesminister Stöger hat eine Studie in Auftrag gegeben, die schließlich 630.000 € gekostet hat und auch diese Studie empfiehlt, organisatorische Veränderungen vorzunehmen. Diese könnten z.B. sein, Einsparungen in den Direktionen, in den zentralen Verwaltungen, aber auch Einsparungen bei

Querfinanzierungen oder Zusammenlegungen von Abteilungen, oder auch versicherungsfremde Leistungen sich genauer unter die Lupe zu nehmen. Das könnte massive Einsparungen bringen und die AUVA ist hier gefordert, Vorschläge zu bringen. Bis jetzt hat sie das leider noch nicht getan. Zum Beispiel in den letzten zehn Jahren ist das medizinische Personal gleichgeblieben, die Verwaltung allerdings hat 150 Mitarbeiter dazubekommen. Das ist z.B. eine Variante, wo man sich überlegen könnte einzusparen. Die AUVA besteht aus vier Säulen, die uns sehr wichtig sind und zwar ist die erste Prävention, die zweite sind Unfallheilbehandlungen, die dritte die Rehabilitation und die vierte die finanzielle Entschädigung. Diese erbrachten Leistungen sollen und werden auf jeden Fall aufrechterhalten bleiben. Hier geht es nur um einen Verbesserungsprozess zugunsten der Versicherten. Ich hoffe, Sie alle verstehen das. Deshalb werden wir diesem Antrag leider nicht zustimmen.

GR. Ehmann:

Geschätzter Herr Stadtrat und Stadträte und Stadträtinnen, Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat und Zuhörerinnen und Zuhörer. Also diese Diskussion zur Sozialversicherung finde ich im besonderen Maße spannend. Vor allem dieser Dringliche. Ich bin euch wirklich dankbar, dass ihr dieses Thema aufgegriffen habt, sonst hätten wir es auch gerne gemacht, aber ich bin froh, dass ihr das gemacht habt. Ich glaube, das ist besonders wichtig. Frau Kollegin, wenn Sie sagen, da kann man sparen und da sind 150 Personen usw., darf ich Ihnen einmal zwei Summen sagen: Insgesamt, für die Gesamtverwaltung in Österreich, innerhalb der AUVA werden rund 92 Mio. € aufgewendet. Das heißt, wenn ich alle Beschäftigten entlassen würde, bringe ich 92 Mio. € zusammen. Das geht sich mit den 500 Mio. im Verwaltungsbereich mit Einsparungen nicht aus.

Zwischenruf GR. Hötzl: Lohnnebenkostensenkung!

Ehmann:

Sie haben eh zugehört, oder? Alle. Das heißt, keinen einzigen Beschäftigten habe ich mehr, dann spare ich mir 92 Mio. €. Das kann man doch nicht ernst meinen. Das darf doch nicht wahr sein, was hier passiert. Ich glaube, dass das andere Hintergründe hat, das ist mein persönlicher Verdacht. Da geht es nämlich rein darum, Wirtschaftstreibende, aber im großen Stil, da reden wir vom Industriebereich, denn das Papier kommt ja eigentlich von der IV, da reden wir von einem großen Bereich, da wundert mich auch, dass die Wirtschaftskammer hier nicht mehr Widerstand leistet intern, oder das kann sie offensichtlich nicht durchsetzen, denn das zu senken von 1,3 auf 0,8, das trifft in weitere Folge insbesondere KMUs. Weil diese Lohnkostennebensenkung, die hier angesprochen wird, die sieht ja dann anders aus. Denn wie sieht es aus, die 500 Mio. die hier einzusparen sind, die kann ich entweder, zwei Möglichkeiten habe ich, entweder schränke ich Leistungen ein, oder ich muss es quersubventionieren. Anders geht es nicht, denn wie soll ich sonst einsparen? Da haben wir eh schon das Beispiel gehabt mit den 92 Mio. mit den Beschäftigten, die wir alle hinauswerfen müssten, damit wir überhaupt zu dieser Summe kommen. Auch sehr unlogisch, das heißt, man will sie auf andere Träger übertragen und damit der Allgemeinbevölkerung, weil das dann wieder unselbständige Erwerbstätige sind und nicht Arbeitgeber zeitig zu bezahlen sind, oder nur ein Teil davon. Das muss man sich echt gut überlegen, was man da tut und was man da angreift. Deswegen bin ich auch bei eurem Vizepräsidenten der Arbeiterkammer, nämlich beim Franz Gosch, der heute auch ganz aktuell eine Aussendung dazu bemacht hat, Hände weg von der AUVA, das würde ich auch allen empfehlen zu lesen und ich würde in Wien da noch einmal massiv intervenieren. Weil das ist eine ganz gefährliche Sache, weil in solch gut durchdachten Systemen Rädchen zu drehen, hat echt große Auswirkungen und dann ist man am Ende selbst betroffen. Zu den Freizeitunfällen, ich möchte nur erinnern, dass euer Bundespräsidentenkandidat auch einen Freizeitunfall hatte und der auch froh war, dass er versorgt wurde und es nicht selbst zahlen hat müssen. Danke.

GR. Egger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. In Wahrheit freut mich die Debatte sehr. Endlich wird einmal die AUVA in ein Licht gerückt, den Wert, den sie auch verdient. Vor allem freut es mich sehr, dass man einmal darüber diskutiert, wer finanziert diese Organisation. Zu 100 % die Unternehmerinnen und Unternehmer, die durch ihre Wertschöpfung mit den Mitarbeitern diese Steuern und Abgaben zahlen können. Ich glaube, wir sind uns einig, wir dürfen in diesem Land besser werden. Vizekanzler Strache, und falls jemand das Morgenjournal nicht gehört hat, Vizekanzler Strache hat heute relativ klar gesagt, die AUVA wird nicht zerschlagen. Das heißt, die Diskussion, die wir da jetzt führen, ist schon ein paar Stunden zu spät, weil das ist beantwortet. Ich glaube aber schon, dass wir eine Diskussion führen müssen, wie können wir unser Gesundheitssystem in den nächsten Jahren und Jahrzehnten finanzieren und wie kann man es aufstellen, dass es noch leistbar wird. Auch in Zukunft für unsere Kinder noch gelten wird und auch für die Kindeskindern. Ich finde es auch ganz lustig jetzt, wie da Experten und Nichtexperten daherkommen und sagen, naja, die kleine Entlastung für die Unternehmer, das brauchen wir nicht, die sollen das weiter zahlen. Ich bin ja ganz erfreut, wer sich jetzt alles um die Unternehmer annimmt. Ich werde euch ganz sicher bei den nächsten Themen, die auf uns zukommen, wo es dann vielleicht nicht so lustig ist, für die Unternehmer da zu sein, daran erinnern und deswegen werden wir heute auch ganz sicher nicht der Dringlichkeit zustimmen. Aber ich wünsche mir auch in allen zukünftigen Diskussionen, dass wir a) die Unternehmer unterstützen in diesem Land, weil die schaffen Arbeitsplätze und Wertschöpfung und b) es gibt keine Denkverbote, wie ein Konstrukt aussieht, dahinter. Das ist Organisation. In Wahrheit geht es um die Leistung für den Menschen und ich kann für unsere Fraktion sagen, wir sind dafür, dass die Leistung der bekommt, der sie braucht. Wie die Organisation dahinter ist, das ist ein zweites Paar Schuh. Das liegt nicht am Namen für die Anstalt.

GR. Swatek:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne. Ich verstehe, warum es so einen Antrag gibt, weil, wenn man sich die letzten Wochen so ansieht, dann kann man eigentlich nur sagen, dass das kommunikationstechnisch von Schwarz-Blau auf Bundesebene nicht optimal gelöst wurde. Da ist man rausgegangen, indem man Reformen angekündigt hat. In der ersten Reform ist am Anfang eigentlich nichts gestanden, ich weiß nicht, ob es jetzt schon eine wirkliche Reform gibt oder ob man noch immer sagt, die AUVA wird einfach aufgelöst, aber ich glaube, dass die grundsätzliche Idee dahinter nicht schlecht ist. Denn wir haben in Österreich dieses, man kann schon sagen, abstruse System, dass wir hier über 20 Sozialversicherungsträger haben und damit sind wir in Europa ziemlich alleine, dass wir da so viel Bürokratie schaffen, nur um uns zu versichern. Weil worum es wirklich geht ist, dass wir alle versichert sein sollten und dass wir alle auch die gleichen Versicherungsleistungen erhalten sollten und da ist es egal, ob AUVA drauf steht oder sonst ein Name. Wichtig ist, dass wir versichert sind und wenn wir da Bürokratie abbauen und Sozialversicherungen zusammenlegen, dann halte ich das für keine schlechte Idee und eigentlich auch für dringend nötig, weil es uns alle Jahre entlastet und insofern, weil ich es nicht allzu schlimm sehe, wie es hier in diesem Antrag dargestellt wurde, stimme ich gegen die Dringlichkeit.

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen, liebe Gäste, lieber Kurt. Vielen Dank für den Antrag erst einmal. Es ist schon das meiste gesagt worden von meinen Vorrednern und Vorrednerinnen. Ich sehe das auch so, dass der Vorschlag von der zuständigen Ministerin ein sehr unüberlegter Schnellschuss war, wo nicht wirklich viel inhaltliche Substanz dahintersteht. Wir, die Grünen, denken auch, natürlich muss man diskutieren über eine Reform des Versicherungssystems. Da ist ja auch in der letzten Regierungsperiode die erwähnte Studie vom Minister Stöger in Auftrag gegeben worden. Was die Kollegin

Schönbacher jetzt nicht gesagt hat ist, dass in dieser Studie das Szenario der Abschaffung der AUVA kritisch bewertet wird. Dass das gar nicht zu Einsparungen führen würde. Umso seltsamer finde ich das jetzt, weil dieser Vorschlag auf dem Tisch war. Wenn es eh eine umfassende Studie gibt, wo verschiedene Szenarien sozusagen diskutiert und vorgeschlagen werden. Was du, Michi Ehmann, gesagt hast, genau, man muss es im Gesamtkontext der Maßnahmen sehen, die die Regierung so gesetzt hat in letzter Zeit. Für mich trägt das schon die Handschrift, dass wir Arbeitgeber und Großunternehmer massiv entlasten möchten und vielleicht die Kosten auf die ArbeitnehmerInnen umwälzen möchten. Diesen Aspekt sollte man sich sorgfältig anschauen und immer wieder kritisch hervorheben. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen.

GR. Luttenberger:

Ich bin ja diesmal nicht so überrascht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich hatte bei der Kammervollversammlung Folgendes gesagt: Ich traue mich fast wetten, dass im Gemeinderat das alles anders ist und leider hätte ich diese Wette gewonnen. Offenbar, was nicht sein darf, das kann nicht sein. Ich habe wirklich versucht, in meiner ersten Wortmeldung sachlich die Sache zu diskutieren. Aber leider, natürlich ist alles politisch und ich wollte zu den Freizeitunfällen etwas sagen. Wenn Mann/Frau sich die Webseiten von größeren oder großen Unternehmen ansieht, dann steht auf einmal drinnen, MitarbeiterInnenzufriedenheit und da wird gepostet, da fahren die Leute mit dem Rad, Tandemspringen und Bergsteigen und Schi fahren und alles und nach eurer Definition, wenn die dann einen Unfall haben, dann sagt man, ihr armen Narren, das können wir natürlich nicht zahlen, das gehört nicht zur MitarbeiterInnenzufriedenheit und ihr wisst es selbst ganz genau, dass Freizeitunfälle ganz anders verrechnet werden als Betriebsunfälle. Da zahlt die AUVA teilweise ganz schön drauf. Aber ich habe nie gesagt, dass das ein sakrosanktes Thema ist die AUVA. Da darf man nicht drüber diskutieren, dass sagen die betroffenen Direktoren selbst nicht. Die sagen ja eh, wir

tun dauernd nachsehen usw. Aber ich weiß natürlich, das ist eine Sozialversicherung, wo der Arbeitgeber 100 % zahlt. Das ist natürlich ein Wahnsinn und das kann nicht sein und das muss gesenkt werden und notfalls hauen wir den ganzen Krempel zusammen. Also gut, ich nehme es zur Kenntnis, aber die Diskussion wird auch in Graz nicht zu Ende sein, das darf ich euch versprechen, danke.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (15.45 Uhr).

Der dringliche Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ)

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7.2 Lehrstellen für AsylwerberInnen und anerkannte Flüchtlinge (GRⁱⁿ Wutte, KPÖ)

Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Die Themen Migration und Integration sind Themen, die uns alle bewegen, die alle BürgerInnen bewegen und die in den Medien schon über längere Zeit sehr präsent sind. Schade ist daran, dass sich die Debatte in den letzten Monaten und Jahren zunehmend in eine emotional sehr aufgeladene Richtung entwickelt hat und dass derzeit lieber symbolpolitische Maßnahmen gesetzt werden. So wie das Kopftuchverbot, das jetzt diskutiert wurde, anstatt wirklich Maßnahmen, die konkret zur Integration etwas beitragen. Deswegen bringe ich diesen Antrag zum Thema Lehre ein.

Unabhängig von der jeweiligen ideologischen Ausrichtung sollte so viel klar sein, und da sollte auch Konsens unter uns allen herrschen: Wir sind gemäß der Genfer

Flüchtlingskonventionen verpflichtet, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren und es gibt auch ein Menschenrecht, Asyl zu beantragen. Wir haben jetzt in Österreich relativ restriktive Bestimmungen, was Arbeits- oder Ausbildungsmöglichkeiten für AsylwerberInnen betrifft und es ist derzeit so, dass nur AsylwerberInnen unter 25 Zugang zu Lehrstellen haben und das nur in Mangelberufen. Gleichzeitig ist allgemein bekannt, dass es in Österreich einen massiven Lehrlings- und FacharbeiterInnenmangel gibt. Deswegen wurde schon von unterschiedlicher Seite gefordert, dass es Sinn machen würde, denn Lehrstellenmarkt mehr zu öffnen für die AsylwerberInnen. Z.B, vom AMS-Chef Johannes Kopf, oder auch hier im Gemeinderat gab es von Seiten der ÖVP immer wieder diese Forderung.

Wesentlich an dem Thema ist ja natürlich auch, je früher junge Menschen in eine Ausbildung kommen oder anfangen, am österreichischen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, desto besser sind die späteren Integrationschancen. Es ist vollkommen klar, jeder, der im Sozialbereich gearbeitet hat, weiß das, je länger junge Menschen ohne Tagesstruktur, ohne geregelte Abläufe leben, desto schwieriger ist es, später eine geregelte Arbeit aufzunehmen.

Die Regelung, die es jetzt gibt, die Möglichkeit einer Lehre in den Mangelberufen, funktioniert ja in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gut. In Oberösterreich sind beispielsweise rund 275 AsylwerberInnen in Lehre und in der Steiermark sind es im Vergleich dazu nur 87. Daran sieht man sehr gut, dass das stark am Engagement der politisch Verantwortlichen hängt, wie viele AsylwerberInnen tatsächlich in eine Lehre kommen. Man braucht Überzeugungsarbeit in den Betrieben.

AsylwerberInnen sind auch nicht Zielgruppe des AMS, das heißt, es ist viel von politischer Seite und von Ehrenamtlichen zu tragen. Um einige Maßnahmen aus Oberösterreich aufzuzählen: In Oberösterreich gab es eine Aufklärungsinitiative in Richtung der Betriebe, es gibt eine mehrsprachige Infobroschüre, die alle AsylwerberInnen bekommen, wo sie aufgeklärt werden über diese Möglichkeit der Lehre, es gibt regelmäßige Steuerungsgruppen, Vernetzungstreffen usw.

Was man in den letzten Monaten aber sieht, ist, dass diese mühsam aufgebauten Netzwerke, wo ich denke, dass viel Arbeit dahinter steckt von Betrieben, von

Ehrenamtlichen, von der Politik, dass diese Netzwerke zunehmend gefährdet werden durch eine Abschiebepaxis, die in letzter Zeit dazu führt, dass immer mehr Lehrlinge auch abgeschoben werden bei negativem Asylbescheid.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Dann ist es auch kein Asylrecht!

Wutte:

Es geht auch anders, wie man in Deutschland ganz gut sieht, denn in Deutschland gibt es dieses 3+2-Modell. Das 3+2-Modell meint, dass AsylwerberInnen unabhängig vom Ausgang des Asylverfahrens für die Dauer der dreijährigen Ausbildung und dann eben noch weitere zwei Jahre in Deutschland bleiben können. Das ist natürlich eine sehr sinnvolle Regelung, weil es den Betrieben eine gewisse Sicherheit gibt. Ein weiterer Aspekt, von dem ich berichten kann, weil ich ja im Integrationsbereich arbeite mit anerkannten Flüchtlingen, ist, dass es auch für anerkannte Flüchtlinge nicht ganz leicht ist mit der Lehrstellensuche. Ich kenne ganz viele motivierte Menschen, die gerne eine Lehre aufnehmen möchten, aber es scheitert dann an unterschiedlichen Hürden. Ein klassisches Projekt, das vor kurzem in Graz begonnen hat, ist diese Talentküche, wo es darum geht, dass die einen einjährigen Vorbereitungskurs machen, um dann in die Lehre in der Gastronomie einzusteigen und da sind die Chancen einfach besser, dass die Berufsschule und die Lehre bewältigt wird. Solche Vorbereitungsangebote machen absolut Sinn für Lehrberufe, wo dringend Leute gesucht werden.

Ich verfolge den Diskurs in Graz aufmerksam mit und ich habe einfach den Eindruck, es gibt sehr wenig Neuigkeiten zu diesem Thema Ausbildung für AsylwerberInnen und Flüchtlinge. Dabei könnte Graz hier eine Vorreiterrolle einnehmen durch die genannten Vorbereitungskurse. Beispielsweise durch die Einrichtung einer Lehrlingsdrehscheibe, die Stadt Graz als Lehrlingsausbildnerin, und Graz könnte sich natürlich auch, wie es auch andere machen, für einen Abschiebestopp für AsylwerberInnen im Sinne des Modells aus Deutschland einsetzen.

Deswegen stelle ich namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

1. Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an die Bundesregierung heran, um einen Abschiebestopp von AsylwerberInnen in Lehre im Sinne des 3+2-Modells in Deutschland zu erwirken.
2. Der zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, gemeinsam mit dem Integrationsreferat sowie der Wirtschaftsabteilung konkrete Maßnahmen zur Unterstützung von AsylwerberInnen und anerkannten Flüchtlingen bei der Lehrstellensuche zu entwickeln und diese den Ausschüssen vorzulegen. Der Schwerpunkt soll dabei insbesondere auf der aktiven Informations- und Vernetzungsarbeit sowie im Fall der anerkannten Flüchtlinge in der Schaffung von auf die Lehre vorbereitenden Kursen und einer Lehrlingsdreh Scheibe liegen.
3. Stadtrat Kurt Hohensinner wird weiter ersucht, mit der zuständigen Integrationslandesrätin Gespräche über die verschiedenen Maßnahmenpakete und deren Finanzierung zu führen.

Ich bitte um Annahme.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Die Themen Migration und Integration sind schon längere Zeit sowohl in medialen Diskursen als auch in den Sorgen und Überlegungen vieler Menschen sehr präsent. Leider hat sich die Debatte in den letzten Monaten und Jahren zunehmend in eine emotional sehr aufgeladene, oftmals von unterschiedlichen Ängsten und deren politischer Verwertung angetriebene Richtung entwickelt. In dieser aufgeladenen Stimmung werden lieber symbolische Maßnahmen wie das derzeit diskutierte Kopftuchverbot anstatt umfassender integrationspolitischer Maßnahmen, von denen beide Seiten profitieren könnten, gesetzt. Oftmals werden auch völlig unterschiedliche Kategorien wie Asyl und Migration miteinander vermischt.

Unabhängig von der jeweiligen ideologischen Ausrichtung sollte so viel klar sein: Wir sind gemäß der Genfer Flüchtlingskonventionen verpflichtet, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren und es ist ein Menschenrecht, Asyl zu beantragen. Die jetzigen sehr restriktiven Bestimmungen ermöglichen AsylwerberInnen unter 25 nur den Zugang zu Lehrstellen in Mangelberufen. Gleichzeitig ist allgemein bekannt, dass es in Österreich einen massiven Lehrlings- und FacharbeiterInnenmangel gibt und viele Betriebe händeringend Lehrlinge suchen. Noch 2017 forderte der AMS-Chef Johannes Kopf deswegen eine generelle Öffnung des Lehrstellenmarkts für AsylwerberInnen mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit.

Nicht zuletzt ist unbestritten, dass eine frühzeitige Heranführung an das österreichische Ausbildungssystem und an den österreichischen Arbeitsmarkt die späteren Integrationschancen deutlich verbessert. Je länger gerade junge Menschen ohne geregelte Tagesstruktur und ohne konkrete Aufgabe in den Tag hineinleben, desto schwerer kann später Anschluss an den Arbeitsmarkt gefunden werden. Über die Wichtigkeit des Zugangs von Asylwerbern und Asylwerberinnen wurde im Grazer Gemeinderat in der Vergangenheit schon öfter diskutiert. Die große Mehrheit der hier vertretenen Fraktionen hat eine Öffnung des Arbeitsmarktes für diese Gruppe bis dato auch immer befürwortet und eine entsprechende Petition an den Gesetzgeber unterstützt.

Die jetzige Regelung funktioniert in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gut: In Oberösterreich sind beispielsweise rund 275 AsylwerberInnen in Lehre, während es in der Steiermark im Vergleich dazu nur 87 sind. Warum die Zahlen so unterschiedlich sind, lässt sich an den unterschiedlichen Initiativen festmachen. Um AsylwerberInnen in Lehrberufe zu vermitteln, braucht es Engagement und in vielen Fällen Überzeugungsarbeit in den Betrieben. Da AsylwerberInnen nicht Zielgruppe des AMS sind, kann dieses Engagement nur von der Landes- und/oder Stadtebene ausgehen bzw. wird in der Praxis darüber hinaus von vielen Ehrenamtlichen getragen. So wurde die hohen Zahlen in Oberösterreich unter anderem dadurch erreicht, dass das Land Oberösterreich eine Aufklärungsinitiative in Richtung der Betriebe startete, mehrsprachige Infobroschüren zum Thema Lehre herausgibt, die alle AsylwerberInnen

in Oberösterreich bekommen und regelmäßige Steuerungsgruppen eingerichtet hat. Die mühsam aufgebauten Netzwerke, die für die Vermittlung von Lehrstellen nötig sind, werden allerdings durch die jetzige Abschiebep Praxis gefährdet: Es häufen sich Berichte von Abschiebungen direkt vom Ausbildungsbetrieb weg. Eine Petition des oberösterreichischen Landesrats Rudi Anschöber gegen Abschiebungen von Lehrlingen wurde bereits von über 40.000 Menschen unterzeichnet.

Wie es anders ginge, zeigt Deutschland mit seinem 3+2-Modell vor. Asylsuchende haben dort eine Garantie, unabhängig vom Ausgang ihres Asylverfahrens eine dreijährige Ausbildung zu absolvieren und danach noch zumindest zwei Jahre zu arbeiten. Für Betriebe ist diese Regelung natürlich sehr wichtig, da sie damit sicher sein können, dass aufgenommene Lehrlinge ihre Lehre auch zur Gänze absolvieren dürfen und dann als ausgebildete Fachkräfte weiter zur Verfügung stehen.

Aber auch für anerkannte Flüchtlinge, die einen positiven Asylbescheid erhalten haben, gestaltet sich die Lehrstellensuche schwierig. Über meine Arbeit als Integrationsberaterin lerne ich viele junge Menschen kennen, die unbedingt eine Ausbildung beginnen wollen, aber keine Lehrstelle finden. Es braucht hier dringend mehr Angebote wie die im Februar gestartete Talentküche Graz, die als einjähriger Vorbereitungskurs gezielt in Theorie und Praxis auf eine Lehre in der Gastronomie vorbereitet.

Welche Maßnahmen werden derzeit von den politischen Verantwortlichen in Graz gesetzt? Zu dem wesentlichen Thema Ausbildung gibt es wenig Informationen oder Neuigkeiten. Dabei könnte Graz hier durch die Entwicklung von verschiedenen Vorbereitungskursen für MigrantInnen und anerkannte Flüchtlinge, die gezielt auf bestimmte Lehrberufe vorbereiten, eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Einrichtung einer Lehrlingsdrehscheibe könnte das „Matching“ von Betrieben und potentiellen Lehrlingen erleichtern. Die Stadt Graz als großer Lehrlingsausbildner könnte auch gezielt Unterstützungsangebote für Lehrlinge mit Migrationshintergrund entwickeln. Nicht zuletzt könnte sich Graz auf Bundesebene für einen Abschiebestopp von AsylwerberInnen in Lehre einsetzen.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) *Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an die Bundesregierung heran, um einen Abschiebestopp von AsylwerberInnen in Lehre im Sinne des 3+2-Modells in Deutschland zu erwirken.*
- 2.) *Der zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, gemeinsam mit dem Integrationsreferat sowie der Wirtschaftsabteilung konkrete Maßnahmen zur Unterstützung von AsylwerberInnen und anerkannten Flüchtlingen bei der Lehrstellensuche zu entwickeln und diese den Ausschüssen für Integration sowie Wirtschaft zur Beratung vorzulegen. Der Schwerpunkt soll dabei insbesondere auf der aktiven Informations- und Vernetzungsarbeit sowie im Fall der anerkannten Flüchtlinge in der Schaffung von auf die Lehre vorbereitenden Kursen und einer Lehrlingsdreh Scheibe liegen.*
- 3.) *Stadtrat Kurt Hohensinner wird weiter ersucht, mit der zuständigen Integrationslandesrätin Gespräche über die verschiedenen Maßnahmenpakete und deren Finanzierung zu führen.*

StR. Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Frau Kollegin. Wie du weißt oder wie wir wissen, ist dieses Thema wahrscheinlich eines der wichtigsten, die wir in den nächsten Monaten und auch Jahren zu behandeln haben. Ich kann mich erinnern, wie wir das Integrationsreferat eingerichtet haben, war das damals wirklich ein kleines Thema und durch die Fluchtbewegung ist es Anfang des Jahres 2015 wirklich zu einem großen Thema geworden. Zuerst war man damit beschäftigt, überhaupt mit der Situation umzugehen, die Situation abzuwickeln und jetzt geht es wirklich um die Integrationsarbeit und wie du weißt, bin ich immer sehr offen für Vorschläge. Ich habe mir auch die Zeit genommen, wir sind mehrmals zusammengesessen und ich nehme deine Vorschläge ernst.

Jetzt zu diesem dringlichen Antrag möchte ich jeden Punkt für sich kurz durchanalysieren. Punkt 1. zur Idee, das deutsche Modell auf Österreich umzulegen, ist jedenfalls eine Diskussion wert. Ich führe gerade diese Diskussion. Vor zwei Monaten war bei mir eine Gruppe von NGO-Vertretern gemeinsam mit Wirtschaftsvertretern und wir haben dieses Modell diskutiert, haben uns auch darauf verstanden, das wir noch einmal zusammentreffen, um die rechtlichen Rahmenbedingungen zu diskutieren. Ich möchte dir aber sagen, dass ich große Vorbehalte habe für dieses Modell, weil es auf den ersten Blick sehr gescheit klingt und sehr sinnvoll, aber ich möchte zwei Beispiele geben. Das erste Beispiel, spielen wir das durch, ein Jugendlicher macht eine Lehre drei Jahre bei einem Lehrbetrieb. Dann darf dieser Mensch noch zwei Jahre in Österreich bleiben. Es ist sehr wahrscheinlich, dass, wenn das z.B. ein Mann ist, er sich auch eine Frau findet, eine Familie gründet und wenn man dann eine Abschiebung vornimmt, wird es wirklich menschlich zum Problem und diese Variante macht eine Tür auf, die kein Recht auf Asyl ist. Das heißt, das ist eine Möglichkeit, mit der Wirtschaft eine Kooperation abzuschließen, aber es ist diese Möglichkeit nicht auf dem Asylrecht aufgebaut. Ein zweites Beispiel möchte ich auch geben. Nehmen wir an, der Arbeitgeber ist mit dem Lehrling unzufrieden, dann könnte der Arbeitgeber ja eigentlich auch Druck ausüben. Dann, sollte der Lehrling den Job verlieren, müsste der Lehrling eigentlich wieder in das Heimatland fahren. Das ist einfach nicht durchdacht aus meiner Sicht. Trotzdem bin ich gerade dabei, dieses Modell zu prüfen. Aber es ist nicht dringlich, weil ich dieses Modell bereits mit NGOs und Wirtschaftsvertretern und –vertreterinnen diskutiere.

Punkt zwei, und da bin ich dir gegenüber wirklich verstimmt. Du kritisierst, dass meine Abteilungen sehr wenig bis nichts machen und gerade die Abteilung für Bildung und Integration und auch das Sozialreferat oder die Sozialabteilung mit dem Referat für Arbeit und Beschäftigung, diese beiden Abteilungen sind wirklich aktiv und wir können uns wirklich mit jeder anderen Stadt Österreichs hier messen und ich bitte, deine Kritik wenn dann zu konkretisieren, sonst diesen Vorwurf bitte zurückzunehmen. Denn dieser Vorwurf richtet sich nicht gegen mich, sondern vor allem gegen die Abteilungen und das finde ich hier einfach fehl am Platz und wenn du da anderer Meinung bist,

können wir uns gerne wieder einmal zusammensetzen mit meinen Abteilungen und dann werden wir aufzählen, was wir machen. Ich habe einige Projekte mitgenommen, die TalenteKüche hast du schon erwähnt, Projekt Mentor, Verein Kleiderwerk, Der zweite Weg, Jugendzentrum Jukus, wir haben ein Remunerationsprogramm gemeinsam mit Jugend am Werk, wo wir 120 Asylwerber beschäftigen im Straßendienst, es ist wirklich großartig. Ich habe mit Städtebundvertretern geredet, so ein Beispiel ist fast einzigartig in ganz Österreich in dem Ausmaß. Wir haben auch vor, dieses Projekt auszuarbeiten und wir haben auch erst unlängst das Projekt „10.000 Chancen in Graz“ gehabt, wo wir auch ein Matching vorgenommen haben. Dieses Projekt zielt auf Asylberechtigte ab, aber die hast du in deinem Antrag jetzt nicht ausgenommen. Der zweite Punkt ist aus unserer Sicht somit auch nicht dringlich. Der dritte Punkt, ich soll Kontakt mit der Landesrätin Doris Kampus aufnehmen und über Projekte diskutieren. Ich habe fest ein monatliches Jour fixe mit der Landesrätin, die sich hier sehr bemüht und deswegen ist dieser Punkt auch nicht dringlich. Das ist unser Standpunkt.

GRⁱⁿ Robosch:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Stadtrat, liebe Regierungsmitglieder. Das Thema Migration und Integration ist vor allem seit 2015 ein sehr präsent Thema und obwohl ich immer wieder am Sonntag meine Zeit spende und mit minderjährigen Flüchtlingen Zeit verbringe und ihnen beim Deutschlernen helfe, bin ich dieses Themas schon ein wenig leid. Weil vor allem durch die FPÖ und neuerdings auch durch die Rhetorik der neuen Volkspartei wird dieses ganze Thema eigentlich auf Schlagwörter wie Kopftuchverbot, Asyl auf Zeit und andere restriktive Dinge heruntergebrochen.

*Zwischenruf GR. **Sippel**: Asyl ist Zeit!*

Robosch:

Asyl auf Zeit. Ja, das ist wieder ein gutes Beispiel dafür, Asyl ist nicht nur Zeit, sondern Asyl ist auch ein Recht. Österreich geht, wie in so ganz vielen anderen Dingen, einen so inkonsequenten Weg. Es gibt zwei Möglichkeiten, entweder wir nehmen die Genfer Flüchtlingskonvention ernst, dann brauchen wir schnelle, rasche, qualitativ hochwertige Asylverfahren und die sollen dann auch rechtens sein und es soll dann nicht so wie bei einer parlamentarischen Anfrage rauskommen, dass es einen überdurchschnittlichen Verdacht gibt, bei der ersten Instanz fast immer, oder immer negativ ist von BFA und es ist nicht ganz erklärbar, weil ganz viele Richterinnen und Richter dann in der zweiten Instanz denen Recht geben. Wenn man wirklich die Genfer Flüchtlingskonvention ernst nehmen würde, dann würde man den subsidiären Schutz nicht zeitlich begrenzen und wenn diese Zeit abgelaufen ist, wirst du einfach abgeschoben. Entweder du bekommst Asyl oder du wirst abgeschoben. Du wirst vielleicht auch nach Afghanistan abgeschoben und das ist dann manchmal, wenn du auf der Taliban-Liste stehst, wie ein Todesurteil, das habt ihr dann auch mitzuverantworten, liebe FPÖ und ÖVP.

*Zwischenruf GR. **Sippel:** Das stimmt nicht. Afghanistan ist ein sicheres Herkunftsland.*

Robosch:

Ja, man kann gerne darüber diskutieren, dass 10 % der Region von Afghanistan sicher sind. Ich würde Sie gerne dorthin schicken und dann schauen, wie sicher es ist. Noch inkonsequenter sind wir beim Thema Lehre, weil wir sind hergegangen und haben die Lehre für Mangelberufe, wo es einen Mangel an Fachkräften gibt, geöffnet für AsylwerberInnen, aber wenn die in erster Instanz im Asylverfahren oft negativ sind, ist eigentlich der Arbeitgeber dazu aufgefordert, die hinauszuerwerfen und die Lehre zu beenden. Wie sinnvoll ist es, einen ein oder zwei Jahre lang eine Lehre anfangen zu lassen und dann bekommt er einen Wisch vom BFA und der ist negativ.

Zwischenruf GR. **Sippel**: Einen Bescheid.

Robosch:

Einen Bescheid, gerne. Er bekommt einen Bescheid vom BFA, der ist negativ und er legt Widerrufung ein und er darf aber seine Lehre nicht weitermachen. Zum Thema, man muss dann, was der Herr Hohensinner gesagt hat, man muss die Leute dann eigentlich, wenn sie dem Arbeitgeber nicht entsprechen, dann gleich ins Heimatland zurückschicken. Warum soll man sie gleich ins Heimatland zurückschicken, wenn das Asylverfahren noch läuft, was wir in Österreich noch zu klären haben. Allen voran möchte ich sagen, dass dieses Thema ein sehr wichtiges ist und dass wir endlich über Tatsachen reden sollten und die eigene Politik und die Genfer Flüchtlingskonvention ernst nehmen sollten und dass man Flüchtlinge als Chance sehen soll, die vielleicht irgendwann einmal unsere Pensionen zahlen sollen, die irgendwann einmal ein Wachstum für unsere Wirtschaft bedeuten können, wenn wir nur uns selbst ernst nehmen und sie auch fördern (*Appl. SPÖ*).

GRⁱⁿ **Schönbacher**:

Dass wir heute von Mangelberufen sprechen müssen, hat verschiedene Gründe. Zum einen eine völlig verfehlte Familienpolitik und zum anderen eine unzureichende Schulbildung und noch dazu sind auch wir Politiker hier gefragt, weil sehr oft ist es der Fall, dass ich in Diskussionen mitbekommen muss, dass Politiker von anderen Fraktionen Menschen, die nur einen Lehrberuf abgeschlossen haben, als bildungsfern abstempeln. Da kann ich aber nicht verlangen von einem Jugendlichen, dass er nachher hergeht und eine Lehre macht, wenn er auf der anderen Seite von der Politik als unterste Schublade abgestempelt wird. Das ist einmal das erste Problem, das ich hier sehe und das habe ich leider selbst oft live mitbekommen und das ist vielleicht ungewollt, aber man muss sich trotzdem selbst einmal am Kragen nehmen und

überlegen, was man da oft so bei jungen Menschen von sich gibt und das sollte meiner Meinung nach wesentlich wertschätzender sein. (*Appl. FPÖ*)

Wo wir absolut einstimmig sind, dass wir schnellere Asylverfahren brauchen, weil es natürlich nicht geht, dass man Menschen da einfach hinhält und nicht weiß, wohin sie dann wirklich gehören, sie bleiben oder nicht. Weil natürlich Integration, wenn sie bleiben können, eine sehr wichtige Frage ist und deswegen ist es auch ok, dass es die Mangelberufe gibt. Aber sie werden sehr oft angeboten, aber immer öfter nicht angenommen, weil in meiner ehrenamtlichen Tätigkeit in der Wirtschaftskammer höre ich sehr oft von Unternehmen, die sagen, sie bieten Jobs an in Mangelberufen, aber die Flüchtlinge nehmen die Jobs einfach nicht an. Dass es verschiedene Zahlen gibt in Oberösterreich und bei uns, ist nicht nur wegen dem Angebot von Seiten der Unternehmer, sondern weil ja auch verschiedene Berufe angeboten werden, verschiedene Mangelberufe in verschiedenen Bundesländern. Das könnte mitunter auch ein Grund sein, warum es diesen Unterschied gibt. Ich habe jetzt aber schon sehr lange auch schon Kontakt zu Mitarbeitern, führenden Mitarbeitern in Flüchtlingsunterkünften und sie sagen mir, sie haben sehr oft das Problem, dass sie z.B. 30 junge Flüchtlinge haben unter 25, die hier arbeiten könnten, aber sich nur drei bereit erklären, auch sich vorstellen zu gehen oder solche Veranstaltungen zu besuchen, wo sie einen Job bekommen könnten. Zusätzlich haben sie mich noch aufmerksam darauf gemacht, und das haben mir Unternehmer auch bestätigt, dass sie sehr oft Probleme haben, in der Früh aufzustehen, dass sie dadurch oft nicht pünktlich erscheinen und auch nicht so ein Durchhaltevermögen haben. Da können sie vielleicht nichts dafür, das ist aufgrund der kulturellen Gewohnheiten so, aber für einen Unternehmer, der wirklich jeden Tag unter Druck steht, ist es egal, ob der nicht möchte oder nicht kann, Tatsache ist, dass er einfach nicht pünktlich da ist und das unzumutbar ist für den Unternehmer. Da möchte ich noch gar nicht darüber nachdenken, wie das dann zu Zeiten des Ramadans abgehen könnte. Deshalb muss ich ganz ehrlich sagen, wir unterstützen diesen Antrag nicht, auch nicht die Dringlichkeit, weil für uns gibt es da ganz andere Probleme als dieses.

GRⁱⁿ **Wutte:**

Jetzt ist der Kurt Hohensinner gar nicht mehr da. Schade, ich wäre gerne im Detail auf seine Antworten eingegangen. Er hat sich ja die Mühe gemacht und ist wirklich auf jeden Punkt eingegangen, den ich vorgeschlagen habe. Ich möchte auf jeden Fall festhalten, auch wenn er jetzt nicht da ist, für alle, die sonst zuhören, dass ich natürlich die Arbeit des Integrationsreferates hier in Graz sehr schätze und weiß, dass es viele super Initiativen gibt, die davon ausgehen. Ich besuche regelmäßig die Veranstaltungen und halte mich eben aufgrund meiner anderen beruflichen Tätigkeit als Integrationsberaterin da absolut am Laufenden. Mir ging es wirklich konkret hier um diesen Übergang in die Lehre, um den zu erleichtern. Da gibt es tatsächlich zuwenig, da gibt es für die AsylwerberInnen zuwenig, das sieht man, wenn man die Zahlen vergleicht von Oberösterreich und hier, dass es da schon Raum nach oben gäbe, wenn ein Engagement und eine Initiative da ist von Seiten der politisch Verantwortlichen und, das sehen wir über unsere Arbeit in der Integrationsberatung eben auch bei den anerkannten Flüchtlingen, dass viele mit einer Lehre beginnen wollen, aber der Übergang in die Lehre nicht ganz leicht gelingt. Mir geht es eben konkret um Maßnahmen in diese Richtung und dass sonst im Integrationsreferat viel Sinnvolles passiert, wollte ich niemals in Abrede stellen.

Anna, danke auch für deinen Hinweis bezüglich der Vergabep Praxis, was jetzt in der letzten Woche virulent wurde. Das ist sicher ein Thema, das wichtig ist und wo man hinsehen muss, was wir in unserer Arbeitspraxis oft bemerkt haben. Es war oft nicht ganz nachvollziehbar, wie Entscheidungen getroffen werden und das ist wirklich ein heißes Thema, so gesehen.

An die Kollegin Schönbacher. Was ich jetzt an deiner Wortmeldung nicht ganz verstanden habe, weil du gesagt hast, in den Heimen werden den Leuten ständig Arbeitsangebote gemacht und sie gehen dann nicht hin. Das passt ja alles nicht zusammen, weil in den Heimen wohnen ja AsylwerberInnen und die haben gar keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie könnten nur eine Lehre aufnehmen in einem Mangelberuf. Die können gar nicht zum AMS gehen. Deswegen kommt mir dieser Erfahrungsbericht irgendwie etwas schwer nachvollziehbar vor. Ich bedanke mich für

die einigermaßen sachliche Diskussion zu dem Thema. Ich finde es schade, dass der Antrag nicht durchgeht, weil ich denke, das ist ein sehr wichtiges Anliegen und man hier sehr viel Energie reinstecken sollte, aber ich hoffe nichtsdestotrotz, dass vielleicht die eine oder andere Anregung aufgenommen wird. Danke.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7.3 KinderärztInnennotdienst am Wochenende Stadt Graz ist gefordert (GR. Ehmann, SPÖ)

Ehmann:

Herr Bürgermeister, geschätzte KollegInnen der Stadtregierung, KollegInnen im Gemeinderat, meine Damen und Herren. Ich glaube, das Thema ist bekannt, den Motivenbericht habt ihr erhalten. Es geht um diesen Kinderärztenotdienst, den KiMoNo, der knapp nach Ostern im März, Ende März, abgedreht wurde, weil es einen Streit zwischen Interessensgruppen gibt, wo man sich auf eine Summe offensichtlich nicht einigen konnte. Mir ist völlig klar, dass es nicht immer darum gehen kann, dass die öffentliche Hand hier einspringt, um Privathonorare aufzubessern. Das ist mir persönlich völlig klar, aber ich bin persönlich der festen Überzeugung, in dem Fall sprechen wir wahrscheinlich davon, dass das Angebot sogar eine Verdoppelung war und die Verdoppelung nicht angenommen wurde, mehr gefordert wurde etc. Aber der Punkt ist schlussendlich, dass quasi rund € 20.000 fehlen zu dieser Einigung und es grundsätzlich eine freiwillige Leistung der Stadt wäre, das ist mir auch völlig klar, es ist keine Pflichtleistung, aber Olympia durchzuführen ist, auch keine Pflichtleistung, das

sage ich auch dazu, und kostet etwas mehr. Ich glaube persönlich, dass es möglich sein sollte, ohne Präjudiz, jetzt will ich es gar nicht auf Folgejahre noch ausdehnen, aber grundsätzlich einmal hier für das heurige Jahr oder bzw. für ein weiteres Jahr, denn ein Jahr hat es ihn ja gegeben, dass man diesen Kimono weiterführen kann und hier die Stadt kooperiert und man sich dazu bekennt, das mitzuunterstützen und diesen Betrag aufzuwenden und ich glaube, Stadtrat Krotzer wäre sehr gerne bereit, hier in Verhandlungen zu treten und hier sein Unterstützung zu bekunden. Wiewohl es ein Gesamtbekanntnis seitens der Stadtregierung dazu geben sollte. Kinder und deren Eltern sollten uns ein wichtiges Anliegen sein und unabhängig jetzt, wieviel es für diese Summe sind, es geht mir hier nicht immer um die Quantität, es geht um eine Qualität und es geht um ein Bekenntnis der Stadt zu derartigen Leistungen insgesamt. Ich glaube, dass das ein gutes Zeichen wäre. Ich bin persönlich Familienvater, ich habe diesen Dienst auch schon genutzt, das sage ich auch dazu, auch in der alten Version, da war es quasi auf Wahlarztbasis, und auch in der neuen Version, aber ich muss sagen, ich schätze das sehr und ich glaube, es dient auch ein Stück weit der Entlastung von Ambulanzen, die wir immer so strapazieren und wo wir sagen, die Leute sollen eigentlich wegkommen vom Ambulanzbereich, nämlich auch dann, wenn man sagt, es geht um Fieber oder was auch immer und da sitzt man mit dem Kind möglicherweise, wenn ein großer Andrang herrscht, mehrere Stunden auf der Klinik im Warteraum und so kann man das Kind zuhause behandeln und der entsprechende Notdienst kommt am Wochenende auch nach Hause oder man geht hin, oder es gibt auch die telefonische Beratung. Es ist, so meine ich, insgesamt eine gute Sache und da geht es mir gar nicht darum, und das sage ich auch in aller Deutlichkeit, mich grundsätzlich einzumischen in Tarifverhandlungen oder zu sagen, die GKK ist schuld oder die Ärztekammer ist schuld. Darum geht es da gar nicht. Mir geht es darum, ein klares Bekenntnis der Stadt hier abzugeben, zu sagen, es ist uns eine entscheidende Sache, es ist uns wichtig, wie uns andere Sachen auch wichtig sind. Wir können uns auch den Entfall der Hundesteuer leisten, dann glaube ich, dann sollte wir das für die Kinder auf jeden Fall ermöglichen können im freiwilligen Leistungsbereich. Auch wenn ich weiß,

dass das keine Pflichtleistung ist und ich glaube, das wäre eine sinnvolle Sache und deswegen würde ich hier um Ihre Unterstützung werben. Danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Graz kann viel, Graz tut viel, Graz möchte viel: Unsere Stadt hat als europäische Kulturhauptstadt viele Akzente gesetzt und setzt diese nach wie vor, als Bildungsstadt werden Universitäten, Fachhochschulen, wird Wissenschaft und Forschung gefördert, jetzt soll Graz auch Olympiastadt werden, ein – wie wir alle wissen – milliardenschweres Unterfangen. Und doch scheint in Graz manches möglich zu sein, das eigentlich als undenkbar angesehen werden müsste: Wie das Aus für den „Kinderärztlichen mobilen Notdienst, kurz „KiMoNo“ genannt.

Hintergrund des schon seit vielen Jahren tätigen Anfang 2017 neu aufgestellten KiMoNo: Kinder halten sich, wenn sie krank werden, nicht an Ordinationszeiten, und vor allem Wochenenden und Feiertage stellen viele Eltern vor Probleme. Ist es doch alles andere als sinnvoll, fiebernde Kinder einzupacken und mit ihnen an die Kinderambulanz zu fahren, wo zumeist auch längere Wartezeiten in Kauf zu nehmen sind. Die sinnvolle Alternative: der KiMoNo - ein Team aus KinderärztInnen, das an Wochenenden und Feiertagen zwischen 8.00 und 20.00 Uhr die Notfall-Erstversorgung für kranke Kinder angeboten hatte und auch telefonische Beratung durchführte, wodurch Eltern bereits beim Anrufen eine professionelle fachärztliche Auskunft erhielten.

Mit Ende März 2018 wurde der KiMoNo eingestellt – nicht mangels Nachfrage, im Gegenteil: Der Bedarf, das Interesse war groß, die im Schnitt 50 Beratungsgespräche und zehn bis 25 Visiten pro Tag sprechen für sich. Die Betreuung war kostenlos, finanziert wurde der KiMoNo über GKK und Gesundheitsfonds. Eingestellt wurde der KiMoNo aufgrund eines Tarifstreits zwischen GKK, Gesundheitsfonds und Ärztekammer. Und letztlich vorerst gescheitert ist der KiMoNo angeblich an unglaublichen 20.000 Euro im Jahr, die trotz wochenlanger Verhandlungen fehlten. Das sind, um Größenordnungen zu verdeutlichen, nicht einmal fünf Prozent der bis dato von der Stadt eingenommenen Hundesteuer, auf die Graz in Zukunft verzichtet. Wiewohl

selbstverständlich festgehalten werden muss, dass es nicht zu den Pflichtleistungen der Stadt Graz gehört, einen KinderärztInnen-Notdienst zu unterstützen. Allerdings gehört es andererseits auch nicht zu den ureigensten „Hausaufgaben“ der Stadt Graz, als Host-City für Olympische Winterspiele aufzutreten, dennoch tut sie es: Und allein für die bis Oktober dieses Jahres laufende erste Bewerbungsphase für die Olympischen Winterspiele 2026 müssen 1,5 Millionen Euro aus dem Stadtbudget freigegeben werden – ist für die nächsten 75 Jahre die aktuelle Fehlsomme des KiMoNo. Es soll damit, wie gesagt, keineswegs in den Raum gestellt werden, dass die KiMoNo-Unterstützung Pflicht der Stadt wäre. Was aber sehr wohl zu denken gibt, ist die Prioritätensetzung: Hier geht es um kranke Kinder, um verzweifelte Eltern – und am Ende des Tages erfolgt eine Schließung wegen 20.000 Euro, ohne dass seitens der Stadtkoalition die Notbremse gezogen wird; für die vage Hoffnung auf Olympische Spiele macht man dagegen ohne viel Federlesens 1,5 Millionen Euro locker – die KiMoNo-Fehlsomme bis 2093! Und auch der Verzicht auf mehr als 500.000 Euro Einnahmen aus der Hundeabgabe hat offenbar eine höhere Wertigkeit. An rund 20.000 Euro jährlich darf dieses wichtige Projekt nicht scheitern, es geht um die Grazer Kinder, um die Grazer Eltern. Daher gilt es jetzt, ein Zeichen zu setzen, nochmals alle Beteiligten an einen Tisch zu holen und um eine Lösung für den KiMoNo zu ringen.

In diesem Sinne stelle ich den

dringlichen Antrag:

Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer wird dringend ersucht, gemeinsam mit VertreterInnen der den KiMoNo-Tarifstreit betreffenden Institutionen GKK, Gesundheitsfonds und ÄrztInnenkammer eine Lösung für die Aufrechterhaltung des KiMoNo zu erarbeiten. Dem Gemeinderat ist in der kommenden Sitzung ein entsprechender Bericht vorzulegen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Sehr geehrte Zuhörer, hoher Gemeinderat, lieber Antragsteller. Für mich ist das nicht nachvollziehbar, wie man bei einem so wichtigen Thema, auch wenn du das relativierst, wie einem kinderärztlichen Notdienst, so unsachlich sein kann und nur die Gelegenheit nutzt, die Olympischen Spiele wieder ins Spiel zu bringen oder die Bewerbung schlecht und madig zu machen. Das ist für mich reinster Populismus. Da ist das Thema der kinderärztliche Notdienst und das ist wirklich ein wichtiges Thema. Das mit den Olympischen Spielen oder mit der Hundeabgaben zu vergleichen, das ist einfach absurd. Ich bin absolut der Überzeugung, dass es diese wichtige Einrichtung in der Stadt Graz geben muss. Dass es einen Kinderärztlichen mobilen Notdienst geben muss, eben die die Hausbesuche anbieten. Kinderärzte, die Hausbesuche anbieten. Einmal eben, um die Situation der Eltern zu verbessern, vor allem aber der erkrankten Kinder, die nicht in der Kinderambulanz im Warteraum drei Stunden oder länger sitzen müssen. Auch ich habe diesen Dienst schon in Anspruch genommen, damals mit meiner vierjährigen Tochter. Den alten, den Ursprungsdienst noch und ich war heilfroh, dass ich nicht mit dem kranken Kind mit 39 Grad Fieber, Schlechtsein, das Kind ins Auto packen musste und in die Kinderambulanz fahren musste. Natürlich hat der Hausbesuch etwas gekostet, was er ja jetzt nicht mehr getan hat, ich finde es aber absolut legitim, wenn jemand am Wochenende zu mir nach Hause kommt und mein Kind anschaut, dass das nicht immer alles ganz gratis sein kann. Ein weiterer Sinn des KiMoNo, was du auch schon angesprochen hast, ist ja die Entlastung der Kinderambulanz. Ich habe mit einem befreundeten Kinderarzt telefoniert, der in der Kinderambulanz arbeitet und es ist tatsächlich so, dass in den Wintermonaten in der Hauptinfektionszeit man mit dem Kind drei Stunden, das ist Usus und fünf Stunden sind keine Seltenheit, warten muss. Das muss man sich einmal vorstellen. Ich habe selbst dazu schon 2014 einen Antrag an die zuständigen Stellen der Stadt gestellt. Damals an die Grüne Gesundheitsstadträtin Rücker. Was sich da getan hat, sieht man ja, 2016 ist der Ursprungs- KiMoNo eingestellt worden. Der KiMoNo neu eben, der jetzt schon angesprochen wurde, der hat einfach andere Vorstellungen als der Ursprungs- KiMoNo, also die streben eine standortgebundene

Lösung an. Das heißt, ein Gebäude, das kann man sehen, wie man will, ob das notwendig ist oder ob die Hausbesuche ausreichen. Aber es laufen dazu Verhandlungen, das heißt, der Antrag ist für uns nicht dringlich, wir warten einmal die Verhandlungen ab.

GR. Rajakovics:

Lieber Michael Ehmman, ich kann meiner Vorrednerin nur vollkommen Recht geben. Es ist interessant, dass du den dringlichen Antrag stellst, obwohl ich annehme, es liegt daran, dass der Hubmann ja sehr unsachlich die ganze Situation in der Kleinen Zeitung groß aufgebauscht und dargestellt hat. Tatsächlich laufen die Verhandlungen noch und ich denke, es wäre, nachdem es ja ein Gewerkschaftskollege von dir ist, der Vorsitzender ist in der GKK, nicht so schwer gewesen, dort anzurufen, um festzustellen, dass die Verhandlungen bei weitem nicht am Ende sind oder abgebrochen wurden. Faktum ist, dass die Stadt Graz die Kolleginnen und Kollegen vom KiMoNo schon bei sich gehabt hat, sowohl beim Herrn Stadtrat Krotzer als auch beim Herrn Bürgermeister und natürlich auch die Stadt Graz schon ein Angebot gemacht hat. Wir hätten ja Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Wir haben ja sogar angeboten, was ja auch Sinn macht, nur das wird in der Kleinen Zeitung nicht geschrieben, wir haben einen Ärztenotdienst, den wir finanzieren, der hat auch Räumlichkeiten in der Radetzkystraße, da könnte man ja gemeinsam arbeiten, macht ja Sinn. Ich bräuchte mir nur eine Adresse merken und nur eine Telefonnummer. Das ist aber alles nicht so leicht, weil natürlich dort Ärzte zum Honorarpreis von 540 € 12 Stunden lang arbeiten und das Angebot der GKK in Richtung Fachärzte € 1160 war. Aber auch diese € 1160 waren nicht genug, das ist zu wenig, daher kommen die in den Tarifstreik. Ich bin überrascht, dass gerade von Seiten der SPÖ, die ja eher immer die Arbeiterschaft, die eher nicht so gut verdienen, vertreten hat, jetzt von dir gefordert wird, dass die Stadt Graz finanziell einsteigt in eine Tarifdiskussion, die ja noch offen ist, zwischen Gesundheitsfonds, GKK und den Ärzten und sagt, wenn ihr euch nicht

einigt, dann legt die Stadt Graz halt ein wenig Geld drauf. € 1.160 für 12 Stunden pauschal ist keine schlechte Honorierung für einen Tag. Ich glaube nicht, dass es ganz viele gibt, die das so mir nix, dir nix verdienen. Aber das ist scheinbar eine neue Gruppe, die die SPÖ ins Auge fasst, wo sie sich stark macht, damit es denen besser geht. Faktum ist, in Bad Gams oder in Schwanberg, oder auch in der Oststeiermark oder Obersteiermark gibt es einen Arzt, der bekommt auch für so einen Nachdienst 540 €, fährt bis in den hintersten Winkel, ist das ganze Wochenende beschäftigt, in der Regel wirklich beschäftigt, während beim KiMoNo und das war ja das Problem, im Schnitt nur zehn Fälle anfallen. Es hat auch das Angebot an die Ärzte gegeben, dass sie einfach 70 € pro Besuch bekommen plus Fahrtkosten und auf „eigenes“ Risiko, auf das, was an tatsächlicher Arbeit geleistet wird, die Bezahlung erfolgt. Da waren die Ärzte auch dagegen. Eine doppelte Honorierung dessen, was der normale Tarif ist plus die Fahrtkosten, war den Kinderärzten nicht recht, also zuwenig. Da wird diskutiert und gepokert und lizenziert, ich verstehe das nicht, es ist alles in Ordnung. Ich verstehe das nicht, jeder kann auch für sich schauen, dass er möglichst viel herausholt, wenn er etwas machen will, aber unter dem Gesichtspunkt, wie es auch die Kleine Zeitung darstellt, da gibt es Leute, die wollen sich unbedingt um das Wohl der Kinder kümmern, und da kommen wir nicht zusammen, da muss die Stadt Graz einspringen, weil das müssen wir retten. Faktum ist, dass es hier ganz gute Ansätze gibt, die sind noch im Gespräch, die Stadt Graz hat natürlich auch sofort angeboten, dass es Räumlichkeiten gibt, also daran scheitert es nicht. Daher frage ich mich, woher diese ganze Aufregung kommt. Es gibt da offensichtlich gute Kontakte zwischen einem Journalisten und den Vertretern, die das anbieten. Hoffentlich auch zu dir hin, Michael. Ich darf nur zum Abschluss vorlesen, was mir der Chef der GKK, Josef Hart, den du, so glaube ich, kennst, geschrieben hat. „Wir schließen uns vollinhaltlich der Stellungnahme des Gesundheitsfonds an“, der hat uns soeben diese Aufstellung geschickt, wie die Verteilung der Kosten sonst im Regelfall aussehen, „ergänzend möchten wir festhalten, dass die beteiligten Systempartner nach wie vor die bedarfsgerechte kinderfachärztliche Notfallversorgung anstreben und sich diesbezüglich permanent im Gespräch befinden. Es besteht aber auch der Anspruch,

den Ausbau von Doppelstrukturen zu vermeiden.“ Dringlich ist da nichts, weil die sind eh im Gespräch und die Stadt Graz hat sich natürlich eingebracht. Das ist alles ein Aufspringen auf eine auf meiner Sicht sehr einseitige Darstellung der ganzen Situation in der Kleinen Zeitung und ich glaube nicht, dass das Hauptklientel ist, um das sich die SPÖ und die SPÖ Gewerkschaft kümmern muss. Danke.

StR. Krotzer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, des Gemeinderates, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer. Manchmal sind die Dinge nicht so vorhersehbar, wie man sie eigentlich glaubt. Ich habe mir eigentlich eine schöne Einleitung vorbereitet, die lauten würde, liebe Astrid Schleicher, lieber Michael Ehmann, danke für eure beiden dringlichen Anträge in dieser wirklich dringlichen Angelegenheit.

Mitunter könnten sich auch Dringlichkeiten über Nacht ändern. Manchmal, weil tatsächlich schon etwas passiert ist, manchmal, weil noch nichts passiert ist und das ist in diesem Fall leider beim KiMoNo der Fall.

Thomas Rajakovics hat angesprochen, es gibt Gespräche, ich habe auch vergangenes Jahr im Sommer bereits mit dem Vizepräsidenten der Ärztekammer, dem Herrn Meindl, die Gespräche gehabt. Es hat auch seitens des Amtes die Gespräche gegeben, wie auch richtig angesprochen worden ist. Es hat auch das Angebot gegeben, die Räumlichkeiten des Ärztenotdienstes mitzuverwenden. Ich will jetzt, manche Fragen kann man tatsächlich aufwerfen, was auch die Honorierung der betreffenden Ärzte betrifft. Das ist etwas, wo natürlich die Frage da ist, ob da die Relationen auch zu den Verdienstmöglichkeiten, die andere Menschen in unserer Stadt haben, ob die soweit gegeben sind. Ich glaube aber, es ist dennoch etwas, was sehr dringend ist. Nämlich nicht aus Sicht der Ärzteschaft, sondern aus Sicht der Eltern und auch aus Sicht der betroffenen Kinder und ich glaube, das ist das, was wir durchaus im Auge haben müssen, weil unabhängig davon, wie dieser Tarifstreit zwischen GKK, dem Land

Steiermark, auch der Ärztekammer ausgehen wird, ist es so, dass es eben Eltern besorgt. Jetzt, Thomas, du hast auch angesprochen, es ist nicht entsprechend genutzt worden, auch da würde ich Möglichkeiten sehen, wenn man das entsprechend stärker bewerben, noch bekannter machen würde. Der Bedarf ist auf jeden Fall da. Astrid Schleicher, du hast auch angesprochen, wie die Situation eben auch auf der Ambulanz aussieht. Da könnte man sehr viel an Entlastung bringen und deswegen hätte ich es doch sehr begrüßt, wenn wir gesagt hätten als Gemeinderat, gemeinsam bekomme ich eure Unterstützung, um hier den politischen Willen auch seitens der Stadt Graz und aller hier im Gemeinderat vertretenen Parteien abbilden zu können. Wo wir auch die Diskussion hätten aufwerfen können, kann die Stadt Graz hier auch einen finanziellen Beitrag leisten? Das ist etwas, was wir vorab schon bei uns im Amt diskutiert haben. Ich habe leider heute auch vom Finanzstadtrat Riegler in anderer Angelegenheit eine negative Antwort bekommen. Wir haben im Amtsbudget definitiv keine Möglichkeit, es wäre aber, so glaube ich, in Anbetracht der, wie wir heute schon gehört haben, durchaus positiven Budgetentwicklung der Stadt nicht so, dass es hier um Unsummen gehen würde, aber das muss man so zur Kenntnis nehmen, ich hätte es nur schön gefunden, wenn man hier auch diese Willensbekundung hätte, auch signalisierend an die zuständigen Ärzte, an die Ärztekammer sowie auch an die GKK und das Land Steiermark.

GRⁱⁿ Ribo, MA:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste. Uns ist es immer sehr wichtig, lieber Michael, danke für diesen Antrag. Wir wären auch bereit, den FPÖ-Antrag zu unterstützen, der jetzt leider doch nicht eingebracht wird. Wir wollen uns jetzt auch nicht auf irgendeine Seite oder eine Parteistellung hier ergreifen. Uns geht es, wie uns allen, um das Wohl der Kinder. Wenn das jetzt wirklich so ist, dass weiterhin Gespräche stattfinden, dann würde uns das sehr freuen, wenn auch diese Gespräche irgendwie so verlaufen, dass es im Endeffekt, dass man sich einigt. Ich war gerade

gestern mit meinem Sohn beim Ärztenotdienst. Ich weiß, wie anstrengend das ist, wenn das Kind krank ist und man ins LKH muss. Nicht, dass die dort keine gute Arbeit leisten, die leisten hervorragende Arbeit, aber es ist nicht lustig, dort vier bis fünf Stunden zu warten. Deswegen, ich selbst habe dieses KiMoNo nie richtig in Anspruch genommen. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe nicht einmal gewusst, dass es so etwas gibt. Da hoffe ich auch, wenn es weiterhin das KiMoNo gibt, dass man es auch besser bewirbt, damit auch alle in Graz irgendwie davon erfahren, und wir werden deinen Antrag unterstützen.

Bgm. Nagl:

Ich möchte vielleicht nur eine Anmerkung machen, weil ich durchaus als Bürgermeister immer sehr froh war und auch schon als Finanzstadtrat, dass die Gesundheitsagenden ganz klar definiert beim Land sind und dass wir mit den Geriatrischen Gesundheitszentren eine Ausnahme, wenn ich so sagen darf, haben und dass wir dort gut unterwegs sind. Ich bin zweifach überrascht, einmal dass jetzt plötzlich so getan wird, als müssten wir da mit Verhandlungen führen und etwas dazuzahlen. Der Kollege Krotzer hat etwas gesagt, ein bisschen verwundert bin ich schon, weil diese Geschichte ja dann letzten Endes bei mir im Bürgermeisteramt aufgeschlagen hat. Da weiß ich, dass Kollege Krotzer gemeint hat, er könnte maximal 1.500 € beisteuern, aber das Angebot hat er der Ärztekammer gar nicht gemacht. Wir haben dann gesagt, worum geht es? Dann sind ein paar Bereiche aufgekommen. Das eine ist einmal die Honorargeschichte der Ärzte. Das Zweite war quasi eine Assistenz oder eine Pflegeunterstützung, das Dritte waren die Räumlichkeiten, das Vierte war die Reinigung und eigentlich mit Ausnahme des Tarifs ist alles erledigt. Wir haben gesagt, wenn ihr, das habe ich sogar angeboten, das sollen alle wissen, der Ärztekammer und dir angeboten vom Bürgermeisteramt aus, wenn ihr Investitionen in diese Räumlichkeiten habt, dann können wir dazu beitragen. Wir haben aber ganz klar gesagt, wir mischen uns sicher nicht in die Tarifangelegenheiten von drei Institutionen

ein. Weil das soll nicht Schule machen. Das müssen jetzt schon andere erklären, warum der eine Arzt auswärts oder in Graz für seinen Dienst mit 425 oder 455 € auskommt und warum hier 1.200 € gefordert werden. Michael Ehmann, ich will dir das nur sagen, weil auch da möchte ich noch eine Anmerkung machen zum Thema Hundeabgabe. Ich habe die Sozialdemokratie in den letzten zwei Jahrzehnten hierher erleben als die Vertretung der sozial Schwachen und ich weiß noch, mit wie vielen Anträgen, Anfragen und Stücken wir uns mit dem Thema Hunde in Graz, und Herrchen und Frauchen, beschäftigt haben. Bis hin zur Geschichte, wo Anträge da waren, dass wir das Futter unterstützen müssen. Dass wir dazuzahlen sollen, wenn sie eine ärztliche Versorgung haben. Dass das alles zuviel Geld kostet und jetzt dieses Thema noch aufzurechnen, ist für mich wirklich schlimm, lieber Michi Ehmann. Es gibt viele sozial schwache, ältere Menschen, die sich nämlich von der ärztlichen Betreuung ihrer Tiere bis zum Futter, bis zur Versicherung und all den Dingen das fast nicht mehr leisten können und das für sie, wenn ich so sagen darf, noch der wichtigste Kontakt in ihrem Leben ist. Da jetzt zu sagen, es ist eigentlich arg, dass wir uns jetzt um die Hundebesitzer kümmern und die armen Kinder im Stich lassen. Im übrigen KiMoNo, ich kann aus meiner Familie berichten. Wenn das Kind justament am Samstag, Sonntag oder Feiertag Fieber bekommt, ist das für uns alle eine Stresssituation. Vor allem wenn der Fieberthermometer 40 ° anzeigt. Dann fährt man nicht gerne wohin. Deswegen haben wir einen Ärztenotdienst, die sagen dann auch meist, fahr gleich hinaus und deswegen ist KiMoNo eine wichtige Einheit. Aber wenn ich mir dann ansehe, dass es im Schnitt nur zehn Kontakte waren, bin ich ganz bei Frau Bedrana Ribo, wo man sagen muss, bitte dann machen wir einmal Werbung dafür, dann wird es eine Pauschale geben oder diese 70 €. Ich wundere mich über diesen Pauschalwunsch. Wenn ich 20 oder 15 Leute betreue, das geht. Weil das geht auch zu Weihnachten, wenn ich als Arzt 15-mal 70 € bekomme, dann habe ich das schon längst verdient, sie wollten jetzt aber die Pauschale und in das möchte ich mich einfach nicht einmischen. Um aber auf den Hund zurückzukommen, ich glaube, dass wir durch den Wegfall dieser Hundeabgabe sehr viel sozial schwachen Menschen und älteren Menschen, die mit ihrer Pension kaum auskommen, einen guten Dienst erweisen, wenn wir das wirklich abschaffen.

Ehmann:

Das ist jetzt hoffentlich nicht unverständlich, dass ich mich zu Wort melde. Was die Werbung betrifft, die ist uns gelungen. Nämlich mit dieser Aktion, das zu thematisieren und zu sagen, wie wichtig diese Einrichtung ist, wie wichtig uns das ist und welches Bekenntnis der Stadt es eigentlich dazu geben sollte. Jetzt kennen es Leute, anscheinend, wie gesagt, auch Mandatarinnen und Mandatare, das freut mich, die es vorher noch nicht gekannt haben.

Aber kurz zur FPÖ, Kollegin Schleicher, völlig richtig teilweise deine Anmerkungen. Nur, wie gesagt, so wichtig war es dann in letzter Konsequenz dann doch nicht, denn es hat nicht über Nacht bedurft der Sinneswandel, sondern es ist vor der Sitzung noch abgesetzt worden. Das heißt, vor der Sitzung ist euch aufgefallen, dass es doch nicht dringlich ist.

Zwischenruf Bgm. Nagl: Michael, das hängt damit zusammen, dass sie bislang die Fehlinformationen von dir und der Kleinen Zeitung bekommen haben und nicht die Informationen aller Verhandlungsteilnehmer, die uns heute erreicht haben.

Ehmann:

Aha, jetzt habt ihr die reine Wahrheit und das heißt, jetzt seid's draufgekommen, dass das abzusetzen ist, aha, nehme ich so zur Kenntnis. Macht es aber nicht gescheiter. Die Gruppe der Betroffenen ist angesprochen worden und da wurde von den sozial Bedürftigen gesprochen worden, was ich gar nicht in Frage stellen will. Auch mit dem Bereich, die sich mit Hunden auseinandersetzen und wo die Hunde oft der letzte Partner oder die letzte Partnerin sind, das ist ganz wichtig. Das stelle ich überhaupt nicht in Frage, ich wollte nur den Vergleich anstellen und der ist nicht falsch, dass man sagt, da sehen wir eine Möglichkeit der Entlastung, die wir auch nicht bestreiten wollen, wir sagen ja nicht, dass das ein Blödsinn ist oder dass wir das ablehnen. Aber wir sagen nur, ja aber hier gibt es auch einen Bedarf. Wenn es tatsächlich nur um diese

Summe x geht, dass man sie zusätzlich als Stadt einbringt und sagt, du hast es auch schon gesagt, mit Mobiliar etc., mit Räumlichkeiten, die ihr angeboten habt, aber wenn es um diesen kleinen Teil geht in diesem über 1-Mrd.-Budget, ich weiß schon, dass das nicht Schule machen soll, da hast du schon Recht, aber es sollte doch tatsächlich möglich sein, dass man sagt, ok. Ich habe es zu Beginn gesagt, ohne Präjudiz, das heißt eines der Folgejahre oder so etwas, also, dass man sagt, bitteschön einigt euch da insgesamt auf ein gescheites Modell. In der Zwischenzeit, wir helfen da aus, wir geben die Möglichkeit, dass das gleich weiter geht für die Eltern und das ist ja das, was tatsächlich der Inhalt ist. Selbstverständlich kenne ich den Obmann sehr gut, bin auch sehr gut mit ihm und habe auch telefoniert mit ihm diesbezüglich, logischerweise, ist ja eh klar. Aber man muss schon eines verstehen, der Herr Obmann hat eine Rolle in seiner Funktion und ich habe hier meine Rolle in meiner Funktion. Hier die Rolle in unserer Funktion ist die politische Verantwortung und politische Ideen und Visionen, wie sie du auch immer hast, meine sind vielleicht kleiner, aber die helfen den Leuten, aber das macht einfach Sinn, das hier zu machen. Ich glaube, dass es einfach gescheit wäre sich hier einzubringen und das zu unterstützen. Aber wie gesagt, das ist meine Sicht der Dinge und zu den restlichen Fraktionen, da bedanke ich mich sehr für die Unterstützung, die ihr zugesagt habt und damit ende ich schon und hoffe, dass ihr euch vielleicht doch zur Zustimmung überwinden könnt.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**7.4 Leistungsfähige WLAN-Abdeckung für alle Grazer Pflichtschulen
(GRⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer, SPÖ)**

Marak-Fischer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne. In unserer modernen Arbeitswelt und vor allem der Arbeitswelt der Zukunft ist das Thema Digitalisierung derzeit in aller Munde. Die Digitalisierung ist bereits vorhanden und wird in den nächsten Jahren mit absoluter Sicherheit noch weiter voranschreiten. Darüber sind wir uns sicher alle einig und ganz zu Recht wird gefordert, dass natürlich die Schulen in Österreich darauf reagieren müssen. Unsere Kinder und Jugendlichen müssen auf die Arbeitswelt bestens vorbereitet werden und dafür ist es notwendig, dass sie sich in der Welt der Computer möglichst gut auskennen. Zurecht fordert auch der neue Bildungsminister, ich habe hier den Zeitungsartikel auch mit, sogar die Einführung eines neuen Schulfaches für die gesamte Sekundarstufe 1, also für die 10- bis 14-Jährigen, unter der Bezeichnung digitale Grundkompetenzen. Denn es ist klar, nur wenn sie gut ausgebildet sind, dann werden sie sich auch gut und sicher vor allem in diesem Bereich bewegen können. Einerseits muss dabei das Unterrichtsministerium selbst darauf reagieren, indem die Lehrpläne adaptiert werden. Indem Unterrichtsmaterialien zur Verfügung gestellt werden, aber auch die Schulerhalter sind gefordert und in diesem Fall auch Graz selbst, die erforderliche Infrastruktur in den Schulen zur Verfügung zu stellen. Ich möchte auch durchaus betonen, dass in den letzten Jahren hier der Stadtrat, der jetzt gerade nicht da ist, aber ich denke, er wird noch kommen, auch viel gemacht hat, viel ist weitergegangen. Es gibt zum Teil gut ausgestattete Computersäle für den EDV-Unterricht vor allem in der Unterstufe. Es gibt in den meisten Klassen oder in vielen Klassen zumindest einen PC mit Internetanschluss und auch Beamer teilweise und es gibt auch schon einzelne Klassen, die als Laptopklassen geführt werden. Leider sind wir aber hier noch nicht am Ende angelangt und vieles spielt sich außerdem online ab. Es reicht also nicht nur, die entsprechende Software zu haben, sondern es braucht auch gute Internetverbindungen und gute Internetzugänge, denn vieles

passiert auf Lernplattformen. Unterrichtsmaterialien werden zum Teil digital zum Download zur Verfügung gestellt, Recherchetätigkeiten sind gerade im Bereich der NMS für Referate, aber auch für den Unterricht ganz normal am täglichen Lehrplan und auch die Kommunikation, fachlich, sollte natürlich gekonnt und geübt werden, denn in der Arbeitswelt, wie wir wissen, läuft hier alles über das Internet ab. Dafür braucht es eine leistungsfähige Internetverbindung und nicht zuletzt sind auch für die diversen Testungen, die vom Unterrichtsministerium vorgegeben sind, wie die IKM-Testungen, die laufen online ab und hier gibt es Schilderungen von Schulen, die erzählen, dass nicht mehr als drei bis vier Schüler gleichzeitig im Netz sein können bei IKM-Testungen und sie sozusagen die Klassen in Pakete aufgeteilt testen müssen, weil sonst ganz einfach das Internet zusammenbricht. Es ist klar, wenn die Schülerinnen und Schüler das nicht in jungen Jahren lernen, dann wird der Umgang später auch schwieriger sein. Mindestens ebenso notwendig wäre hier eine gute Internetverbindung bzw. auch ein leistungsstarkes WLAN für die Pädagoginnen und Pädagogen. Ich denke, Sie wissen, wie die Arbeitsplätze von Pädagoginnen und Pädagogen aussehen. Hier das Rednerpult wäre schon etwas zu groß gegriffen. In der Realität sind die Arbeitsplätze meistens so in dieser Größenordnung. Das heißt, von einem Computerarbeitsplatz mit eigenem PC sind die Pädagoginnen und Pädagogen in unseren Schulen jedenfalls weit entfernt und deswegen haben viele von Ihnen entweder die Arbeit zu Hause oder sie nehmen sich auch Laptops mit, oder ein I-Pad, oder ein Tablet. Dafür notwendig wäre aber ein WLAN und auch das ist in ganz vielen Lehrerzimmern derzeit nicht vorhanden. Das heißt, diese Arbeitsplätze könnten qualitativ schnell und einfach verbessert werden, wenn man den Lehrerinnen und Lehrern in den Lehrerzimmern z.B. ganz normale WLAN-Ausstattung zur Verfügung stellen würde. Ich höre von Schulen, wo die LehrerInnen sich teilweise selbst mit dem Handy auf Privatkosten einen Hot-Spot legen, damit sie zumindest die notwendigen Dinge im Internet machen können und das ist keine Übertreibung, sondern das ist tagtägliche Praxis. Da braucht man nur in eine x-beliebige Schule gehen, um sich das anzusehen. Ich habe zu diesem Thema auch schon eine Frage in der Fragestunde im Jänner gestellt und darauf eine Antwort bekommen am 7. März des Jahres. Hier war zu

lesen, dass 90 % der Grazer Pflichtschulen derzeit Breitbandinternet haben, was ja erfreulich ist, aber nur 10 % aller Schulen über eine WLAN-Ausstattung verfügen und damit auch die Lehrerzimmer. Was damit die Arbeit mit Tablets z.B. oder manchmal lässt man Schüler auch mit dem eigenen Handy recherchieren, wenn es notwendig ist, und auch das ist natürlich nicht ohne eine WLAN-Ausstattung möglich. Eine Strategie zum Ausbau über mehrere Jahre wäre hier sicherlich nicht zielführend, denn was das bedeutet, können Sie sich sicher vorstellen. Jedes Jahr, das wir hier länger zuwarten, verlässt ein Jahrgang von Schülern wiederum die Schule und hat zuwenig Erfahrung im Umgang mit diesen Dingen. Bzw. sind sie natürlich in der Realität im Internet, aber sie haben es nicht gelernt, wie man damit sicher und gut umgehen kann. Damit ist eine mehrjährige Strategie definitiv zu langsam und es müsste eine kurzfristige Lösung da sein, die man über ausreichend Router und Ähnliches an allen Grazer Schulstandorten raschestmöglich mit einer leistungsfähigen WLAN-Abdeckung sicherstellen kann. Im Namen der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, ein kurzfristiges Maßnahmenpaket zu entwickeln, das den Grazer Pflichtschulen raschest eine leistungsfähige WLAN-Ausstattung ermöglicht. Dem Gemeinderat ist bis Juni dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen, das wäre ausreichend, damit im nächsten Schuljahr zumindest die Dinge dann auch ins Laufen kommen könnten. Danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

In unserer modernen Arbeitswelt ist derzeit das Thema Digitalisierung in aller Munde. Diese schreitet in den nächsten Jahren mit hoher Geschwindigkeit weiter voran, darüber sind sich alle einig. Ganz zu Recht fordern daher auch BildungsexpertInnen und -politikerInnen aller politischen Richtungen, dass die Schulen in Österreich auf diese

Tatsache reagieren. Auch der neue Bildungsminister, Dr. Heinz Faßmann, fordert sogar ein eigenes Unterrichtsfach für die gesamte Sekundarstufe I für die „Digitale Grundkompetenzen“. Denn nur wenn unsere Jugendlichen auf dem Gebiet der IT gut ausgebildet sind und sich in der digitalen Welt sicher und leicht bewegen können, werden ihnen die Arbeitsplätze der Zukunft offen stehen.

Einerseits muss natürlich das Unterrichtsministerium mit Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien reagieren, selbstverständlich sind aber auch die Schulerhalter gefordert, die erforderliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Vieles ist in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahren in den Grazer Pflichtschulen auch bereits geschehen: Es gibt Computersäle für den EDV-Unterricht, in vielen Klassen steht zumindest ein PC und ein Beamer, einzelne Klassen werden auch als Laptop-Klassen geführt.

Leider ist es aber nicht mit der Hardware allein getan, vieles spielt sich heute online ab; für diverse Lernplattformen, digitale Unterrichtsmaterialien, Recherchetätigkeiten oder auch fachliche Kommunikation benötigt man eine leistungsfähige Internetverbindung. Selbst für diverse Testungen wie der IKM-Testung ist Internet notwendig und hier schildern Lehrerinnen und Lehrer von großen Problemen, etwa, dass das Netz zusammenbricht, wenn mehrere User gleichzeitig im Netz sind, dass das Internet einfach zu langsam für wirklich gute Arbeit ist, u.Ä.

Eines ist aber klar: Wenn Schülerinnen und Schüler nicht in jungen Jahren kompetent im Umgang mit Internet, seinen Möglichkeiten, aber auch seinen Gefahren werden, dann wird es im beruflichen Kontext wie auch im Privatleben in Zukunft Schwierigkeiten geben. Nicht zuletzt ist kompetenter Umgang auch eine Frage der Sicherheit, um nicht Opfer zunehmender Cyberkriminalität zu werden. Und diese so wichtige Kompetenz lässt sich nur in der Praxis mit der Arbeit mit leistungsfähigen Internetverbindungen erwerben.

Und mindestens ebenso notwendig wäre dieses leistungsstarke Internet und funktionierendes WLAN an unseren Schulen für die Pädagoginnen und Pädagogen. Ihre Arbeitsplätze sind ohnehin – ein bekanntes Problem – sehr knapp bemessen und von ausreichend Computerarbeitsplätzen sind wir meilenweit entfernt. Eine

Minimalanforderung wäre, wenn zumindest ein Gerät zur Verfügung stünde, damit über WLAN in der Schule vorbereitet, nachbereitet, gearbeitet werden könnte – doch nicht einmal das ist an allen Grazer Schulen möglich. Es ist sogar davon zu hören, dass sich Kolleginnen über ihre Privathandys Hotspots auf eigene Kosten einrichten, um online arbeiten zu können. Und das, obwohl wir alle wissen, dass Pädagoginnen unsere Jugendlichen nur dann bestmöglich auf die Digitalisierung vorbereiten können, wenn sie selbst über die notwendige technische Ausstattung verfügen und mit dieser entsprechend umgehen können.

In der Antwort der ABI vom 7. März dieses Jahres auf meine Frage in der Fragestunde des Jänner-Gemeinderates ist zu lesen, dass etwa 90 Prozent der Grazer Pflichtschulen über Breitbandinternet, aber nur 10 Prozent über WLAN verfügen. Allerdings ist mit der Internetanbindung oft ein PC pro Klasse gemeint, was die Arbeit mit Tablets oder dem eigenen Smartphone – dieses ist heute gelebte Realität für praktisch alle SchülerInnen – nicht ermöglicht.

Eine Strategie zum Ausbau über mehrere Jahre scheint mir jedenfalls zu spät, jedes Jahr, das hier bei einem Ausbau gewartet wird, verlässt wieder ein Jahrgang die Pflichtschule ohne entsprechende Ausbildung und damit Vorbereitung auf die Berufswelt. Was es braucht, sind kurzfristige Lösungen – etwa über ausreichend Router oder Ähnliches, um an allen Grazer Schulstandorten raschest leistungsfähige WLAN-Abdeckungen sicherzustellen.

Im Namen der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, ein kurzfristiges Maßnahmenpaket zu entwickeln, das den Grazer Pflichtschulen raschest eine leistungsfähige WLAN-Ausstattung ermöglicht. Dem Gemeinderat ist bis Juni dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen.

GRⁱⁿ Ussner:

Liebe Kollegin, sehr geehrte Zuschauer und Zuschauerinnen, liebe Gemeinderatskolleginnen und Gemeinderatskollegen. Vielen Dank für den Antrag. Ich sage es vorweg, wir werden der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen, falls es so weit kommt. Es ist relativ einfach umzusetzen. Es sind Forderungen, die schnell große Verbesserungen für die Pädagogen und Pädagoginnen zur Folge hätten und du hast es eh auch erwähnt, was mir ein besonders wichtiger Punkt ist: Jeder Schüler und jede Schülerin hat mittlerweile ein Smartphone und, wie du gesagt hast, sie nutzen es, aber oft haben die Eltern nicht die Kompetenzen, ihnen das auch wirklich so zu erklären, dass sie sich im Datenschutz besser weiterbilden können, somit geschützt sind vor Cyber-Kriminalität, du schreibst das eh alles im Antrag. Das bringt nur etwas, wenn man es praktisch im Unterricht umsetzen kann. Du kannst nicht aus einem Heft lernen, wie du mit dem Smartphone umgehst, da braucht man die Infrastruktur von einem funktionierenden WLAN. Danke für den Antrag.

Bgm. Nagl:

Ich darf mich auch gleich namens der ÖVP-Fraktion zu Wort melden. Kurt Hohensinner kann momentan nicht da sein und hat mich gebeten, dass ich das, was wir in den letzten Wochen zu dem Thema ausgearbeitet haben, jetzt auch kundtue. Ich war gestern auch noch gemeinsam mit meinem Stellvertreter bei der Geschäftsleitungssitzung des österreichischen Städtebundes in Wien und habe das dort auch noch einmal zum Thema gemacht, weil ganz so einfach ist es in der Republik Österreich dann doch wieder nicht.

Ich möchte einmal beginnen, dass Kurt Hohensinner gemeinsam mit unserer Abteilung für Bildung und Integration intensiv daran arbeitet und ich darf auch gleich vorweg sagen, dass meine Fraktion der Dringlichkeit nicht zustimmen wird, weil es ist ein Zug, der fährt, man kann aufspringen.

Ich glaube auch, dass es ein wirkliches Anliegen von der Frau Gemeinderätin ist, aber ich möchte einmal kundtun, wie intensiv in der Abteilung für Bildung und Integration schon gearbeitet wurde. Unter anderem hat sich DI. Günter Fürntratt sogar im Ausland persönlich informiert und ein gutes System mitgebracht, das wir vielleicht noch vor dem Sommer, wirksam vermutlich ab Herbst, dann auch einbringen und umsetzen werden. Wir wissen, wie wir vieles angehen könnten und müssen sehr stark unterscheiden, ich sage nur deswegen es ist schwierig in Österreich, weil der Herr Bundesminister hat Gott sei Dank auch gesagt, dass er sich das vor allem für die 10 bis 14-Jährigen wünscht und danach noch in den Oberstufen von Gymnasien und anderen Schulen. Das Thema, inwieweit wir gerade in den Volksschulen nicht nur die Grundfertigkeiten der Kinder; Rechnen, Schreiben, Lesen und Verstehen-lernen verstärken sollen, sondern dass wir da auch ganz stark digitalisieren, davon rät uns ja de facto so gut wie jeder Bildungsexperte ab. Nichtsdestotrotz leiden aber auch die Pädagoginnen und Pädagogen der Grundstufe gewaltig darunter, dass in den Grundstufen noch nicht jene Ausrüstung da ist, die du dir als heutigen Standard wünschen würdest. Wir haben gestern auch noch einmal darüber geredet, dass es in Österreich sehr einfach ist. Die Volksschulen und die neuen Mittelschulen sind letzten Endes von den Städten wieder auszustatten.

Kurt Hohensinner hat zwei Modelle erarbeitet, die bei uns jetzt schon fast fertig am Tisch liegen. Er wird uns in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen, wenn auch die finanziellen Fragen geklärt sind, das auch vorlegen. Er hat zwei Modelle, das eine Modell ist ein Modell, das sehr stark mit Breitband und vollem WLAN-Ausbau zu tun hat. Das würde allein für die Schulen, die er jetzt vor hat, über 10 Mio. € kosten für einen Zeitraum von vier Jahren. Wir würden da sehr schleppend vorankommen, weil der Ausbau in den Schulen etc. auch noch länger dauern würde, bis du die Leitungen dorthin bekommst und, und, und... Er hat ein zweites Modell aus Großbritannien mitgebracht und er würde da unterscheiden. Er hat einmal so etwas wie einen Wagen, auf dem 25 Handys mit i-Pads drauf sind, das wäre dann eine klare Entscheidung für die Grundstufe, also für die ersten vier Jahre, wenn wir es umsetzen wollen, dass Pädagogen und Pädagoginnen mit 25 i-Pads in der Klasse arbeiten können, wenn du

die in den mitgebrachten Ständer wieder einordnest, werden sie wieder gelöscht und jeder Pädagoge könnte selbst entscheiden, ob für seinen Unterricht, den er gerade macht, ob das Religion ist, oder ob das die Volksschullehrerin ist, ob sie das verwenden will oder nicht und er käme damit pro Jahr, wenn er das für die 10- bis 14-Jährigen mitvereinbart, die brauchen ja eine andere Geschichte, die brauchen dann Office, MS-Word und andere Programme, damit sie mit Microsoft arbeiten können. Da käme er mit allem in etwa auf eine 1 Mio. pro Jahr für die nächsten vier Jahre und dann wären das auch 4 Mio. Euro. Da gäbe es aber über einen Mobilfunkanbieter auch gleich das WLAN, wie wir es vom Handy kennen und das würde den Pädagoginnen und Pädagogen genauso stark helfen wie den Schülerinnen und Schülern.

Das heißt, Kurt Hohensinner ist mit seinen Arbeiten, mit seinen Modellen fertig. Er hat es vor kurzer Zeit jetzt auch bei uns in der Koalition vorgestellt und ich nehme an, dass er sogar noch vor dem Sommer mit der Beschlussfassung kommen wird. Deswegen, Ihr Anliegen ist wichtig, aber für uns heute nicht mehr dringlich. Wir wollen aber auch im Städtebund noch einmal mit dem Bund reden, denn es fehlen ein paar andere Dinge noch. Erstens einmal die Pädagoginnen und Pädagogen müssen selbst ausgebildet werden, das ist ein ganz wichtiges Thema. Viele Schülerinnen und Schüler werden über die Kenntnisse der älteren Pädagoginnen und Pädagogen nur schmunzeln, weil die halt nativ und nicht die Immigrants sind, wie es heute Neudeutsch heißt. Da freue ich mich auch, dass die Pädagogische Hochschule Graz, wir haben ja so etwas, aber andere Gemeinden verfügen nicht über eine solche Einrichtung, schon ein Education-Tech-Labor einrichten möchte.

Das heißt, auch da hat unser ABI schon mit der Pädagogischen Hochschule die Gespräche geführt, sodass auch Pädagoginnen und Pädagogen diese Ausbildung dann in Graz bekommen können und darüber hinaus ist diese technische Ausstattung wichtig. Was noch viel wichtiger ist, welche Lehrmittel gibt es. Welche Verlage vom Schulbuch etc. können etwas anbieten, aber viele Pädagogen werden natürlich auch nur You-Tube-Videos und anderes unter Umständen verwenden. Da gilt es dann auch noch einmal darüber nachzudenken. Ich glaube, das Schöne ist für alle, die zum Städtetag jetzt nach Bregenz fahren werden, es ist eine Arbeitsgruppe ganz genau auf

dieses Thema abgestellt. Aber nachdem Kurt Hohensinner und Herr Mag. Fürntratt mit der Abteilung so fleißig war, ist es für uns heute nicht mehr dringlich.

Marak-Fischer:

Vielen Dank, Herr Bürgermeister, für die Ausführungen. Lassen Sie es mich so ausdrücken, für die Olympiareife fehlt uns da noch etwas und ich hätte diesen Antrag jetzt einfach als kleinen Push, als Trainingseinheit, ich will nicht Doping in den Mund nehmen, aber als kleinen Push gesehen, um das zu beschleunigen. Es ist natürlich wichtig, dass man sich darüber auch auf ein einheitliches System einigt, dass es ein ausgereiftes System ist, das alle Stücke spielt, das ist wichtig. Ich glaube aber auch, dass man in einem ersten Schritt über Router bereits kurzfristig Hilfe schaffen könnte und dass man die schon relativ schnell umsetzen könnte. Ich glaube, dieses wirklich umfassende gute qualitätsvolle Modell für alle Schulen, das auch relativ viel dann kosten würde, ist wichtig. Ich würde aber über diesen dringlichen Antrag einfach noch einmal versuchen, einen Push zu geben, dass es auch eine kleine erste Lösung schon für Herbst gibt. Weil speziell, so glaube ich, das WLAN in den LehrerInnenzimmern würde relativ rasch gehen. Jetzt einmal ganz ungeachtet von der großen Lösung, die natürlich auch gut und wichtig ist. Wir haben dieses Thema jetzt trotzdem schon mindestens seit Herbst. Ich habe mit der Kollegin Taberhofer vorher auch gesprochen, sie hat im Herbst auch schon eine ähnliche Frage gestellt. Das heißt, es ist mir schon klar, dass es in Arbeit ist, aber ich würde mir einfach wünschen, dass es schneller geht im Sinne der Pädagogen und Pädagoginnen und der Kinder und Jugendlichen. Danke.

Bgm. Nagl:

Es liegt ein fertiges Konzept da, wir müssen nur noch einmal die Finanzierung prüfen, dann wird es kommen. Ich denke, dass auch im Herbst schon viele Schulen damit

glücklich sein könnten. Dieses Aufsplitten, was brauchst du in der Volksschule, was in der neuen Mittelschule, das ist, so glaube ich, das wichtigste Thema.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7.5 Klubförderung Richtlinien-Reform (GR. Swatek, Neos)

Swatek:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne. Wir hatten das Thema heute schon einmal. 1,2 Mio. Euro zahlt die Stadt Graz jährlich an die im Gemeinderat vertretenen Klubs und politischen Mandatare aus, um deren politische Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Dafür gibt es eine Richtlinie, dass zwei beeidete Wirtschaftsprüfer die ordnungsgemäße Verwendung dieser Förderung kontrollieren müssen und das Prüfergebnis dieser Prüfung ist dann bis 31. März des Folgejahres in der Grazer Zeitung, Amtsblatt für die Steiermark zu veröffentlichen. Wie die Neos Anfang dieses Monats aufgezeigt haben, hat sich ein Gemeinderatsklub drei Jahre lang nicht an diese Richtlinie gehalten in dieser Stadt Graz und es ist niemandem aufgefallen.

Bei der heutigen Fragestunde habe ich an den Herrn Stadtrat Dr. Riegler eine Frage gestellt, wieso es nicht kontrolliert wurde und wir sind eigentlich draufgekommen, dass es dafür keine Zuständigkeit in der Stadt gab.

Mein Antrag zielt jetzt darauf ab, dass wir als Gemeinderat ein politisches Zeichen setzen, dass wir bezüglich dieser Richtlinie bezüglich der Auszahlung dieser Förderung für vermehrte Kontrolle sorgen würden, weil es unfair ist gegenüber jeder

Privatperson, gegenüber jedem Künstler, gegenüber jedem Sportverein, der bei der Stadt Graz um Förderung ansucht, der die Zweckmäßigkeit der Verwendung dieser Mittel nachweisen muss und bei uns Parteien hier ist es eigentlich dann egal, wie wir das Geld ausgeben, weil es niemand kontrolliert.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages, um allen Grazerinnen und Grazern zu zeigen, dass Parteien nicht über den Bürgerinnen und Bürgern stehen.

Daher stelle ich den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, wie eine fundiertere und transparentere Kontrolle der ordnungsgemäßen Verwendung der Förderung zur "Finanzierung der Klubarbeit bzw. der Arbeit der politischen Mandatare" möglich wäre.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Über 2,4 Millionen Euro erhalten die Grazer Stadtparteien und ihre Klubs dieses Jahr aus der Kasse der Stadt Graz. Rund die Hälfte dieser Mittel wird dabei als Parteienförderung ausgeschüttet und unterliegt den Bestimmungen des Parteiengesetzes 2012. Die andere Hälfte wird jedoch zur "Finanzierung der Klubarbeit bzw. der Arbeit der politischen Mandatare", im Allgemeinen auch unter Klubförderung bekannt, ausgeschüttet und unterliegt dabei lediglich den im Gemeinderat beschlossenen Richtlinien.

Diese im Gemeinderat beschlossene Richtlinie zur "Finanzierung der Klubarbeit bzw. der Arbeit der politischen Mandatare" verlangt von den Gemeinderatsklubs nur die Führung einer genauen Aufzeichnung der Verwendung sowie die Prüfung auf widmungsgemäße Verwendung von zwei selbsternannten beeidigten

Wirtschaftsprüferinnen. Das Prüfergebnis ist dabei bis zum 31. März des Folgejahres in der „Grazer Zeitung Amtsblatt für die Steiermark“ zu veröffentlichen.

Wie wir NEOS Anfang dieses Monats aufdeckten, kam ein Gemeinderatsklub dieser Richtlinie drei Jahre in Folge nicht nach. Für die Klubförderungen in den Jahren 2015, 2016 und 2017 veröffentlichte diese Fraktion kein Prüfurteil in der Grazer Zeitung. Das Sicherstellen der zweckmäßigen Verwendung dieser Förderung war daher weder für die Stadt Graz noch für alle Grazerinnen und Grazer möglich. Drei Jahre lang viel dieser Umstand in der Stadt Graz niemandem auf. Die derzeitige Richtlinie der Klubförderung bietet keine ausreichende Kontrolle und ist verglichen mit der Parteienförderung oder Fraktionsförderungen in anderen Statutarstädten Österreichs nicht transparent genug. Weiters bietet sie für Grazerinnen und Grazer keine Möglichkeit, sich selbstständig über die ordnungsgemäße Verwendung ihrer Steuergelder ein Bild zu machen.

Um den verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger wieder herzustellen, ist daher eine Reform der Richtlinie für die Klubförderung unausweichlich. Als gutes Beispiel für eine sinnvollere und sichere Kontrolle der Gemeinderatsklubförderung, die Bürgerinnen und Bürgern auch einen tieferen Einblick gewährt, sei die Fraktionsförderung im Salzburger Gemeinderat erwähnt.

Die Regelungen der Fraktionsförderung sind im Statut der Stadt Salzburg festgeschrieben. Die widmungsgemäße Verwendung der Fraktionsförderung in Salzburg unterliegt der Prüfung durch das Kontrollamt (vergleichbar mit dem Grazer Stadtrechnungshof). Zu diesem Zweck haben die Fraktionen die Belege für die Verwendung der Fraktionsförderung im vergangenen Kalenderjahr dem Kontrollamt vorzulegen. Weiters müssen die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen Spenden über € 500,- offenlegen. Hierfür muss eine Spendenliste geführt werden und diese dem Kontrollamt übermittelt werden. Nicht-Angeben von Spenden, führt zu einer Verminderung der Förderung bis zum Dreifachen der Spendensumme. Zusätzlich wird die Spenderliste veröffentlicht.

Im Sinne einer transparenten Stadt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern Einblick in die ordnungsgemäße Verwendung ihrer Steuermittel geben möchte und

verantwortungsvoll mit Steuergeldern handelt, stelle ich daher gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, wie eine fundiertere und transparentere Kontrolle der ordnungsgemäßen Verwendung der Förderung zur "Finanzierung der Klubarbeit bzw. der Arbeit der politischen Mandatäre" möglich wäre.

Dem Gemeinderat ist bis zu seiner Sitzung im Juli 2018 Bericht zu erstatten.

Bgm. Nagl:

Danke vielmals, ich möchte mich ganz bewusst jetzt hier auch einbringen und ein paar klare Worte sprechen. Der Herr Gemeinderat Swatek hat vollkommen Recht. Dieser Gemeinderat hat eine Richtlinie beschlossen. Diese Richtlinie hat zwei Dinge umfasst, wie wir mit unseren Parteiförderungen umgehen wollen, aber auch wie wir mit unseren Klubförderungen umgehen wollen. Wenn man das, was man für sich beschließt und was letzten Endes auch als Richtlinie für alle und für viele andere Förderungen der Fall ist, nicht mehr selbst ernst nimmt, dann liegt einmal die Verantwortung vor allem bei der SPÖ, die das nicht gemacht hat drei Jahre lang. Bei niemandem anderen in der Stadtregierung oder sonst wo.

Noch einmal, es geht darum, ihr habt es mitbeschlossen und wie das nach außen wirkt, da hat der Kollege Swatek Recht, dass das nicht geht.

So, jetzt können wir suchen, wer von Seiten der Stadtregierung da nachsehen soll. Ich fühle mich da selbst auch mitverantwortlich und sage jetzt klipp und klar, dass ich auch gemeinsam mit der Magistratsdirektion dafür sorgen werde, dass künftig keine Klubförderung ausbezahlt wird, solange nicht von der jeweiligen Fraktion, vom jeweiligen Klub der Nachweis erbracht wird, dass das Vorjahr ordnungsgemäß erledigt

wurde. Das heißt ganz konkret, dass ich meine, dass der Herr Swatek Recht hat. Ich glaube nicht, dass wir eine neue Regelung brauchen, ich habe von den meisten Fraktionen mehrheitlich nicht den Wunsch vernommen, dass wir da eine andere Regelung bräuchten, aber ich sage gleich dazu, wer immer es nicht bringt, wird künftig das Geld nicht bekommen so lange, bis er dieser Verpflichtung, die er sich selbst auferlegt hat, nachkommt, weil sonst gibt die Politik so ein schlechtes Bild ab, wie der Gemeinderat Swatek das gesagt hat. Aus meiner Sicht hat er Recht, dringlich ist es damit nicht mehr, weil ich gleich gesagt habe, wie wir damit vorgehen werden und ich werde die Auszahlung, wenn ich so sagen darf, hemmen.

GRⁱⁿ Ribo:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Niko. Danke dir wieder für deinen Antrag. Du hast ja schon in der letzten Gemeinderatssitzung so einen ähnlichen Antrag eingebracht. Wir haben den auch unterstützt. Du weißt hoffentlich und ich hoffe, dass es auch jeder hier weiß, oder draußen weiß, dass wir Grüne, wenn es in Richtung Transparenz geht, da auf jeden Fall mit dabei sind. Wir haben auch in den letzten Jahren immer wieder solche Anträge gestellt. Anträge zur Klubfinanzierung, Transparenz und diese wurden leider eben von Seiten der ÖVP, SPÖ und FPÖ abgelehnt. Wir haben auf ein Umdenken gehofft. Jetzt gibt es schon etwas in die Richtung, danke auch Ihnen, Herr Bürgermeister, für Ihre klaren Worte, die werden wir uns sehr gut merken und das auch in Zukunft immer beobachten. Es war heute am Anfang schon etwas, wie soll man sagen, peinlich, dass man gesagt hat, es gibt eine Richtlinie, wie Sie sagen, wir alle bekennen uns zu dieser Richtlinie, nur wenn sie nicht eingehalten wird, fühlt sich irgendwie keiner verantwortlich, da irgendwie zu sanktionieren. Dass das nicht passieren soll und dass das einem Gemeinderat nicht würdig ist, da sind wir uns auch alle einig. Deswegen, danke Niko, wir werden deinen Antrag unterstützen.

GR. Ehmann:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Zuhörerinnen und liebe Zuhörer. Eines vorweg, Unfug wird dadurch nicht gescheiter, wenn man ihn permanent wiederholt. Das gilt auch für dich, lieber Kollege Swatek.

Was heute eh schon angesprochen wurde, die selbst ernannten, beeidigten Wirtschaftsprüfer, die es eben nicht gibt und das sind auch seriöse Kanzleien, die dahinter stehen usw. das einmal nur kurz zu dem. Zur Sache selbst, ja, grundsätzlich lassen wir einmal die Kirche im Dorf. Was ist tatsächlich passiert? Ja, es sind die Fristen versäumt worden, ganz genau. Das ist nicht rühmlich und das ist auch nicht erfreulich und das taugt mir persönlich auch nicht als Klubvorsitzender, aber es ist passiert. Ja, ist so. Wir werden das auch schnellstmöglich nachholen. Wir haben auch schon sämtliche Unterlagen übermittelt, die notwendigen, und selbstverständlich wird es auch wie bei allen anderen Fraktionen auf Cent und Euro genau passen und davon gehe ich aus, nichts anderes ist zu erwarten. Das werden wir auch tun. Wie gesagt, alle Belege und Unterlagen sind längst da. Rechnerisch und buchhalterisch, bilanztechnisch im gesamten Klubförderzeitraum, inkl. 2017 natürlich, wird dann von unserer Seite abgeschlossen sein, das werden wir dann auch gleich nachholen. Zukünftig wird das auch nicht mehr passieren. Ich habe auch mit der Kanzlei schon Rücksprache gehalten als Klubvorsitzender, dass das in dieser Form natürlich nicht mehr vorkommen wird. Ich entschuldige mich in aller Form dafür, da bin ich mir auch nicht zu schade dafür. Wenn ein Fehler passiert ist, ist er passiert, das ist so.

Wogegen ich mich nur verwehre ist, dass da quasi der verantwortungsvolle Umgang mit den Steuergeldern so in den Raum gestellt wird, als würde der nicht stattfinden. Das hat damit, mit der Fristversäumung der Darstellung der Bilanz und der Vorlage, überhaupt nichts zu tun. Das hat mit dem verantwortungsvollen Umgang überhaupt nichts zu tun. Das hat damit zu tun, dass wir eine Frist versäumt haben oder in dem Fall mehrere. Aber das hat nichts damit zu tun, dass der Umgang mit Steuergeld unverantwortlich war oder sonst etwas. Sonst hätten wir ja tatsächlich ein Problem, wenn wir das nicht nachweisen können und das ist ja nicht der Fall. Der Fall ist nur,

dass wir es nicht rechtzeitig getan haben, das ist der Fehler, dazu stehen wir auch, dafür habe ich mich auch entschuldigt. Wir werden das auch schnellstmöglich nachholen und deshalb hätte ich an dich eine Bitte, was deine Homepage auch betrifft. „Das Ausmaß der fehlenden Kontrolle und Verfehlungen der SPÖ ist noch nicht bekannt“, du hast das dort veröffentlicht, als wäre es eine Verfehlung mit dem Steuergeld, dagegen verwehre ich mich. Es war eine Fristversäumnis und daher würde ich dich ersuchen, das zu korrigieren. Danke.

GR. Swatek:

Ja, lustige Wortmeldung eigentlich. Weil das, was ich herausgehört habe, war eigentlich, dass bei euch die Wirtschaftsprüfung noch gar nicht vollzogen wurde, oder wie kann man das sehen, wenn du sagst, ihr habt die Belege übermittelt? Was mich auch ein wenig wundert, ist, rausgekommen ist das Ganze eigentlich schon letzte Woche, es waren in der Zwischenzeit bereits zwei Ausgaben der Grazer Zeitung, du hast medial angekündigt, dass du die Wirtschaftsjahre 2015 und 2016 in der Grazer Zeitung veröffentlichen wirst, die sind noch immer nicht in der Grazer Zeitung veröffentlicht. Ich habe keine Ahnung, ob es die Wirtschaftsprüfung schon gibt. So wie du es darstellst, scheinbar nicht und das ist natürlich eine Verfehlung, was ist es sonst?

*Zwischenruf GR. **Ehmann**: Eine Fristversäumnis.*

Swatek:

Eine Fristversäumnis, aber scheinbar ist auch die Wirtschaftsprüfung noch nicht abgeschlossen und die Wirtschaftsprüfung soll in der Richtlinie ganz klar darstellen, dass das Geld ordnungsgemäß verwendet wurde und wenn das nicht passiert ist, dann bleibt einem nichts anderes übrig, als sich die Frage zu stellen, warum. Man kann jetzt

natürlich davon ausgehen, dass da drei Jahre lang unabsichtlich eine Frist verspasst wurde, aber das kann ja nicht sein. Vor einem Monat bin ich hier gestanden und habe ersehnt, dass bis zum 31. März die Klubförderungen in der Grazer Zeitung veröffentlicht werden muss. Ihr seid alle dagesessen, ihr seid rausgegangen und habt eine Brandrede gehalten, wie schlimm es nicht ist, dass ich den Antrag stelle, weil es ist eh alles so super toll bei der derzeitigen Richtlinie und dann verspasst ihr die Förderung und hinterfragt nicht einmal, ob ihr das online stellt? Das finde ich schon ein wenig komisch, um ehrlich zu sein und da muss ich nicht näher darauf eingehen. Abschließend möchte ich dem Bürgermeister danken, dass er sich dem Thema annimmt, auch wenn ich etwas enttäuscht bin, dass wir in Richtung Richtlinie keine Reformen angehen, weil die meiner Meinung nach dringend notwendig wären.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Neos, KPÖ und Grüne) abgelehnt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Nagl:

Jetzt darf ich mich bei allen Persönlichkeiten bedanken, die auf der ZuhörerInnengalerie sind, wir kommen nun zum vertraulichen Teil. Danke für Ihr Interesse und einen schönen Abend.